

Einzelpreis 70 Heller.

Redaktion und Verwaltung:  
Prag, II., Nekyjska 18.

Telephone:  
Lagerredaktion:  
26795, 31460.  
Nachredaktion: 20797.

Postfachamt: 57544.

Inserate werden laut Tarif  
billig berechnet. Bei öfteren  
Einschaltungen Preisnachlass.

# Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei  
in der Tschechoslowakischen Republik.

7. Jahrgang.

Samstag, 12. März 1927.

Nr. 60.

## Ein Lobredner der Verwaltungsreform.

Der Brünner deutschdemokratische „Lagesbote“ veröffentlicht einen Aufsatz des Herrn Dr. Stefan Haupt-Buchenrode über die Verwaltungsreform und die „Deutsche Landpost“ gibt ihm durch Nachdruck eine weitere Verbreitung. Dieser Aufsatz ist eine freudige Zustimmung zur Regierungsvorlage. Zur Gewinnung eines Urteils über eine Sache ist es sicherlich nicht unwichtig, zu wissen, wer für sie eintritt. Kann beispielsweise über den Charakter der Regierungsvorlage, über die tieferen Motive ihrer Einbringung noch ein Zweifel bestehen, wenn man weiß, daß ihre Vorbereitung in die Hände des bewährten Demokraten und Deutschenfreundes Dr. Kramar gelegt wird? Wer ist aber der Lobpreisler dieses beispiellosen Attentates auf Freiheit und Selbstverwaltung, wer ist Dr. Haupt-Buchenrode? Den mährischen Landtag hat er als Großgrundbesitzer geziert. Nach dem Umsturz war er eifrig bemüht, aus der tschechoslowakischen Staatlichkeit in eine seine Interessen dienliche zu flüchten. In der jüngsten Zeit trat er in eine vielbesprochene geschäftliche Beziehung zu den tschechischen Agrariern. Also der richtige Mann, um die Deutschen, die in diesem Staate dauernd zu leben genötigt sind, in schicksalsschweren Stunden zu beraten. Wie er sie berät, sei ausgezeigt.

Er bezeichnet den gegenwärtigen Verwaltungszustand als unerträglich und abänderungsbedürftig. Das wird von niemandem bestritten. Es ist aber sehr lässig, in der Mißgeburt der vorgeschlagenen Verwaltungsreform die Erfüllung solcher Notwendigkeit zu sehen. Noch lässiger, die Gauverfassung als eine den Deutschen unangenehme Sache zu bezeichnen. Dr. Haupt nennt die Gauverfassung einen Abklatsch der französischen Departementsverfassung, und Frankreich sei trotz seiner Departements der am meisten zentralistisch verwaltete Staat Europas. Demgegenüber sei darauf hingewiesen, daß in der Slowakei — und nur über diese liegen Erfahrungen mit der Gauverfassung vor — über ein Uebermaß der Prager Zentralgewalt am wenigsten geklagt werden konnte. Ebenso irreführend ist es, wenn er über die aufgeführten zwei deutschen Gauen jodelt und die Bedeutung verschweigt, die sie für die politische Erziehung zur nationalen Selbstverwaltung hätten gewinnen können. Und auch verschweigt, daß die Verwaltungsreform der Regierung dem Prager Zentralismus an seiner Macht keinen Abbruch tut. Eine maßvolle Kritik, die den Regierungsgewaltigen nicht wehtun will, übt er an dem Ernennungsrecht für ein Drittel der Mitglieder, an dem Sprachrecht der Minderheit, an der geringen Kompetenz der Landtage. Aber mit diesem „demokratischen“ und „deutschen“ Mißverständnis hält er sich nicht lange auf — wohl auch im Gefühl, daß ihm ohnehin niemand glauben wird — und geht auf das Los, was ihm an der Vorlage besonders sympathisch ist. Er bezeichnet „das Bedürfnis der Regierung gegen das Ueberhandnehmen kommunistischer und destruktiver Tendenzen in den Landtags- und Bezirksvertretungen ein Machtmittel in der Hand zu haben“ als „berechtigt“. Noch besser freilich hätte ihm nach seinen Versicherungen ein Vetorecht des Präsidenten gefallen. Der vom Strafrechte der Polizei begünstigte Herr entrüstet sich darüber, daß die Bekämpfer dieses polizeilichen Strafrechtes vom „Brügelpatent“ reden. Die Geld- und Arreststrafe für diejenigen, die den Verfügungen der Regierungsbehörden den schuldigen Respekt verweigern, erscheinen ihm nicht zu hoch. Von dem Attentat auf Freiheit der Person und des Hausrechtes spricht er kein Wort. Hingegen tröstet er uns damit, daß ein Mißbrauch gegen politische mißliebige Persönlichkeiten in einem demokratisch regierten Staate auf Schwierigkeiten stoßen würde. Welch rührendes Vertrauen des Monarchisten a. D. zur Demokratie der

## Eine wohlverdiente Antwort an die Kommunisten.

Das Sekretariat der R. P. C. hat auf unsere Einladung zur Bildung einer parlamentarischen Oppositionsfront eine von Geschäftleichen und heimtückischen Angriffen strotzende Antwort gegeben. Nachsichend der treffliche Inhalt des Schreibens, das unser Parteivorstand nunmehr an die Leitung der R. P. C. gerichtet hat:

Ihre Antwort auf unsere Einladung zu einer Beratung über eine gemeinsame parlamentarische Abwehr aller oppositionellen Parteien gegen die Verwaltungsreform hat in unseren Kreisen kein geringes Versehen ausgelöst.

In unserem Schreiben erbitten wir uns Ihre Mitteilung, ob Sie bereit wären, an einer von uns einzuberufenden Aussprache teilzunehmen, in deren Rahmen Sie genügend Gelegenheit zur Geltendmachung etwaiger formaler Bedenken und sonstiger Einwendungen gehabt hätten. Statt dessen haben Sie es vorgezogen, uns Ihre Antwort nicht nur brieflich, sondern auch durch Ihre Presse zu vermitteln, sie mit Angriffen gegen unsere Partei und allerlei Belehungen zu verknüpfen und zum Gegenstande einer neuerlichen „Presse- und Versammlungskampagne“ gegen unsere Partei zu machen. Dieses Vorgehen würde uns eigenlich der Verpflichtung zur Beantwortung Ihres Schreibens entheben, doch wollen wir diesmal von dieser Möglichkeit keinen Gebrauch machen und in den Ihrerseits erhobenen Vorwürfen gleichfalls in vollster Offenheit Stellung nehmen.

Der Standpunkt, den Sie in Ihrem Schreiben vertreten, steht zu der Haltung, die Sie selbst wiederholt in und außerhalb des Parlaments eingenommen haben, in diametralem Gegensatz. Sie machen uns die heftigsten Vorwürfe, weil wir auch die bürgerlichen Oppositionsparteien zu der erwähnten Besprechung eingeladen haben,

von ihm heißgeliebten Republik! Das Fehlen des „Brügelpatentes“ — wir können auf diese Bezeichnung, die den Herrn Dr. Haupt nervös macht, nicht verzichten — wäre ihm „gleichbedeutend mit Anarchie“ und „kann doch nicht geduldet werden“. Ist es bei seiner Furcht vor der Anarchie, die eintreten müßte, wenn der Polizei das Recht zu Verhaftungen, Hausdurchsuchungen, Verhaftungen genommen würde, zu verwundern, wenn er über die Hinaushebung des Wahlalters auf 24 Jahre in Verzückung gerät? Er schreibt: „Die Festsetzung eines bestimmten Alters für die Ausübung des Wahlrechtes hat mit Fortschritt oder Reaktion nichts zu tun.“ Also warum es nicht gleich auf dreißig, auf vierzig Jahre hinaufsetzen! Für die Hinaushebung des Wahlalters spreche lediglich der gesunde Menschenverstand. Es ist ja eine alte Tradition der Reaktionäre, sich auf den „gesunden Menschenverstand“ zu berufen. „Gerade die jüngsten Wähler verfallen am leichtesten den Schlagworten der Demagogie.“ Vor dieser muß also die abgeklärte politische Weisheit des Herrn „Baron“ Dr. Haupt die Jugend bewahren. „Diejenigen, welche den Wahlraub als fortschrittlich bezeichnen, könnten schließlich auch für Mittelschüler und Volksschüler das Wahlrecht verlangen“, sagt Dr. Haupt weiter. Man sieht, wie der alte Herr geistig ins Kinderlallen zurückfällt. Zum Humor fügt er aber auch noch ein „deutsches“ Argument, indem er die Bezeichnung des Wahlrechtes als deutschen Gewinn bezeichnet, da die tschechischen Familien kinderreicher wären und mehr Wähler verlieren würden. Daß er durch dieses aus der Tiefe des Gemütes geholte Argument seinen logischen „prinzipiellen“ und „logischen“ Standpunkt entwertet, merkt er gar nicht.

Natürlich ist ihm auch die Vereinigung Schlesiens mit Mähren im deutschen Interesse gelegen. Denn die schlesischen Deutschen hätten auch in ihrem eigenen Lande nicht die Mehrheit gebildet, während die Deutschen Mährens Gefahr gelauten wären, unter das festgesetzte Maß von 20 Prozent zu sinken und dadurch aller den sprachlichen Minderheiten gewährleisteten Rechte verlustig zu gehen. Durch die Vereinigung sei diese Gefahr dauernd abgewendet. Das ist in jeder Hinsicht eine Irreführung. Denn fürs erste bezieht sich

Sie selbst aber haben, zum Beispiel bei der Beratung des Schutzgesetzes an Konferenzen mit bürgerlichen Parteien wegen gemeinsamen Vorgehens teilgenommen, sich bei der im Dezember 1925 unternommenen parlamentarischen Aktion gegen das Abbaugesetz nicht nur an Besprechungen mit den deutschbürgerlichen Parteien und der slowakischen Volkspartei beteiligt, sondern auch sogar Ihre Unterschriften auf die von diesen Parteien gestellten Anträge gesetzt, wie Sie sich auch umgekehrt den analogen Antrag Ihres Klubs von bürgerlichen Abgeordneten unterschreiben ließen.

Dieselbe Taktik haben Sie beim Antrag auf Erhebung der Ministeranklage gegen Svehla und Dr. Franke eingehalten, wo Ihr Klubobmann Kreibich neben Hlinka, Pabst, Dr. Spina, Dr. Lushka und Dr. Raibl als gemeinsamer Antragsteller im Kopf des Antrages erschienen ist. Sie sagen in Ihrem Antwortschreiben:

„Der scheinbare Kampf dieser Parteien (Deutschnationale und deutsche Nationalsozialisten) gegen die Regierungsvorlage ist unserer Meinung nach ebenso ein Betrug wie der angebliche Kampf der gegenwärtigen deutschen Regierungsparteien gegen die Sprachenverordnung.“

Wir können darauf nur antworten, daß Sie ja selbst im parlamentarischen Kampf gegen die Sprachenverordnung mit den gegenwärtigen Re-

der Schutz der über 20 Prozent hinausgehenden Minderheiten auf die Gerichtsbezirke und nicht auf die durch die Verwaltungsreform zu schaffenden Länder und Verwaltungsbezirke; zweitens sind die 24 Prozent Deutschen in dem neuen mährisch-schlesischen Landesgebiete natürlich keine dauernde Abwendung der Tschechisierungsgesfahr. Und schließlich ist die Gefahr, deren dauernde Abwendung uns der leichtsinnige Herr Doktor verspricht, in den Bestimmungen über den Sprachgebrauch und die Geschäftsordnung keine bloß drohende, sondern eine schon vorhandene. Aber über diese Bestimmungen schweigt der Sängers Höflichkeit. Dagegen macht er sich die Verhöhnung des schlesischen Landespatriotismus durch die Christlichsozialen zu eigen, worüber der Versuch, auch ökonomische Argumente für die Vereinigung ins Treffen zu führen, nicht hinweghilft. Wahrscheinlich überschätzt hier der ehemalige Präsident der Brünner Handels- und Gewerbekammer — ein Großgrundbesitzer in solcher Funktion! — das Gewicht seiner Autorität.

Es ist kaum anzunehmen, daß das Plädoyer des Herrn Dr. Haupt-Buchenrode für die Verwaltungsreform, die mit jeder Stunde wachsende Zahl ihrer Gegner vermindern und den reaktionärsten Bestimmungen der Schandvorlage neues Gewicht verschaffen wird. Es ist zu verstehen, wenn der — daß Gott erbarm! — deutschdemokratische „Lagesbote“ die Ausführungen des ehemals großen Herrn als „interessant“ empfiehlt — auch die des schwarzen Herrn Jajisek schienen ihm des sympathischen Interesses der deutschdemokratischen Leserschaft wert. Auch das ist zur Not verständlich, daß die „Deutsche Landpost“ in diesen Tagen des im eigenen Lager gegen die Verwaltungsreform wachsenden Widerstandes die Trost Worte des Großgrundbesitzers aufgreift. Doch können wir dem eifrigen Verteidiger der schlimmsten Mißgeburt der Reaktion versichern, daß seine am Schluß seines Artikels ausgesprochene Warnung, „sich nicht durch falsch verstandene demokratische Schlagworte betören zu lassen“, nach Gebühr gewürdigt werden wird, sowohl rückwärts der ins Treffen geführten Argumente, als auch rückwärts der für den Verfasser maßgebenden Motive.

gierungsparteien gemeinsam vorgegangen sind und mit ihnen gemeinsam einen Mißtrauensantrag gegen die Regierung eingebracht haben. Ihr Sprecher, Saken, hat damals in der parlamentarischen Aussprache erklärt:

„Während der Klub der kommunistischen Abgeordneten sich der Aktion aller Oppositionsparteien dieses Parlamentes bezüglich der Anklage der Regierung anschließt, so bedeutet das keineswegs die Bildung irgendeines oppositionellen, einheitlichen, programmatischen Ganzen, wie es z. B. die Regierungskoalition ist. Der oppositionelle Standpunkt der kommunistischen Partei entspringt ganz anderen Grundfäden, als die Opposition der übrigen Parteien.“

Und er sagte weiter: „Wir bilden mit den übrigen oppositionellen Parteien durchaus keine Koalition und wenn sich eine gemeinsame oppositionelle Aktion zeigt, wie z. B. diese hier, so entspringt sie nur der Notwendigkeit, die aus der parlamentarischen Geschäftsordnung hervor geht.“

Wir halten diesen Standpunkt für vollkommen korrekt und nahmen auch für unsere Partei das Recht auf den gleichen Standpunkt in Anspruch. In keinem anderen Sinne haben auch wir diesmal die sämtlichen Oppositionsparteien zur Abwehr gegen die Regierungsvorlage mit eingeladen.

Wir müssen uns daher energig dagegen verwahren, daß Sie sich für berechtigt halten, unbefehdet Ihrer proletarischen Integrität mit bürgerlichen Parteien im Parlamente zu kooperieren, uns aber denselben Vorgang als „schweren Fehler“ anzukreiden.

Sie selbst sind ja gerade im Kampfe gegen die Verwaltungsreform noch viel weiter gegangen und haben durch Ihre Vertreter in den Gemeindevertretungen, so insbesondere in Tepliz, die Abhaltung gemeinsamer Volksversammlungen aller, also auch der bürgerlichen Parteien, beantragen lassen. Sie berufen sich hierbei auf den Formunterschied, daß diese Versammlungen von Selbstverwaltungskörpern und nicht von politischen Parteien einberufen werden sollen, aber eine so hohe Achtung wir auch vor den kommunalen Selbstverwaltungskörpern haben, so vermögen wir doch nicht zu glauben, daß Ihnen die in ihrer Mehrheit sehr gut bürgerlichen Stadtvertretungen als revolutionäre Sowjets erscheinen. Wir könnten also von unserem prinzipiellen Standpunkte aus ruhig auf unserem Vorschlage eines gemeinsamen Vorgehens aller oppositionellen Parteien verharren. Da dies aber praktisch durch Ihre Weigerung und auch durch das Verhalten anderer Oppositionsparteien unmöglich gemacht wurde, können wir nur vorschlagen, daß die oppositionellen Parteien im Parlamente wenigstens in ständiger Fühlung bleiben sollen, um sich über ihr Vorgehen fallsweise zu verständigen, wobei wir bereit sind, soweit dies nötig und nützlich sein sollte, die Vermittlung und Verbindung zu übernehmen.

Was aber Ihre Aufforderung zur Bildung einer außerparlamentarischen Einheitsfront aller Vertikalen angeht, müssen wir offen sagen, daß das von uns angestrebte Ziel einer Zusammenfassung aller proletarischen Kräfte zum gemeinsamen Kampfe durch die von Ihnen betriebene Einheitsfront-Propaganda keineswegs gefördert, sondern im Gegenteil schwer geschädigt wird.

Sie haben schon im Jahre 1921 unsere Aufforderung zur Einberufung eines Proletarierkongresses rundweg abgelehnt und damit die von uns angestrebte Zusammenfassung aller Kräfte des Proletariats zur gemeinsamen Kampftaktion vereitelt. Sie haben aber auch später, als die Einheitsfront-Parole schon zur Hauptwaffe Ihres taktischen Arsenalts geworden war, bei den Antikriegs-tumdegebungen im Jahre 1924 erklärt:

„Eine Zusammenarbeit mit der Sozialdemokratie bei dieser Propaganda ist abzulehnen.“

Sie haben eben so bei den Gemeindevahlen des Jahres 1923 ausgesprochen:

„Die Taktik der Einheitsfront darf nicht auf die Gemeindevahlen angewendet werden.“

Mit anderen Worten: Sie propagieren die Einheitsfront nur insoweit, als dies Ihren parteimäßigen Agitationsbedürfnissen entspricht und lehnen sie bedenkenlos ab, wo dies nicht der Fall ist, wodurch der Gedanke der Einheitsfront zu einem bloßen taktischen Manöver herabgedrückt wird.

Gegen eine solche Taktik müssen wir im Interesse des gesamten Proletariats entschieden Stellung nehmen. Sie behaupten den Massen gegen-

Bezugsbedingungen:

Bei Zustellung ins Haus oder bei Bezug durch die Post:

monatlich . . . . . Ks 16.—  
vierteljährlich . . . . . 48.—  
halbjährig . . . . . 96.—  
ganzzährig . . . . . 192.—

Rückstellung von Manuskripten erfolgt nur bei Einlieferung der Retourmarken.

Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich (rüb)

# Die Seeabnutzungskonferenz geföhert.

Japan stimmt zu.

Tokio, 11. März. (Reuter.) Japan nahm den amerikanischen Vorschlag betreffend die Konferenz zur Einschränkung der Seeabnutzungen an, an der außer den Vereinigten Staaten auch England teilnehmen wird.

# Coolidge droht mit verstärkten Rüstungen.

New York, 11. März. Im Falle, daß es auf der Drei-Mächte-Konferenz zu keinem Uebereinkommen über die Einschränkung der Seeabnutzungen kommen sollte, würde dem „New York Herald“ zufolge Präsident Coolidge, ohne Rücksicht auf ein anderes Land, an den Ausbau einer starken Seemacht scheitern.

über, daß die Einheitsfront der Durchsetzung der proletarischen Tagesforderungen dienen sollte, auf ihren Monarchien aber stellen Sie fest, daß die Einheitsfront nur auf dem Boden der kommunistischen Partei möglich sei. Die proletarischen Forderungen sind Ihnen also nicht, die Parteilagitation alle.

Sie erklären in Ihrer Presse und in Ihren Reden ganz bedenkenlos, daß schon die bloße Aufhebung der Einheitsfront genügen würde, um den Widerstand der Bourgeoisie zu brechen, wodurch angesichts der tatsächlichen Machtverhältnisse das Proletariat nur auf Schwere irregeführt wird, aber andererseits weigern Sie sich offen, in dieser von Ihnen angeblich erhehten Einheitsfront jene Disziplin zu wahren, welche die selbstverständliche Voraussetzung für auch nur teilweise Erfolge ist. So hat erst kürzlich Ihre Textilarbeiteraktion es abgelehnt, im Falle des gemeinsamen Vorgehens die gebührende Angriffe gegen die Union der Textilarbeiter einzustellen und sich Mehrheitsbeschlüssen zu fügen. Ebenso konnten wir erst vor wenigen Tagen in der Nummer „Internationale“ in einem Versammlungsbericht lesen, daß der sozialdemokratische Redner versuchte:

„Die Ablehnung der Einheitsfront durch die sozialdemokratischen Führer zu vertheidigen. Er erragte aber damit nur die lebhafteste Beifall der ganzen Versammlung, die ihn einfach auslachte.“

Glauben Sie, daß durch ein solches Benehmen und durch solche Berichte die Einheitsfront und die Kraft der Aktion gefördert wird?

Nicht anders vermögen wir auch Ihre ständigen Aufforderungen an uns einzuschätzen, die Einheitsfront mit Ihnen zu bilden, auch wenn andere Parteien sich davon ausschließen sollten.

Wie reimten sich mit der Befürwortung einer auch nur teilweise Einheitsfront Ihre unausgesetzten, bei allen möglichen Anlässen und besonders in der Steuerkampagne aufs gehässigste geleiterten Angriffe gegen unsere Partei, durch die der Kampf des Proletariats gegen die Anschläge der Reaktion geschwächt und das Verhältnis der proletarischen Parteien untereinander nur noch mehr vergiftet wird.

Sie betreiben eine beständige Agitation für die Gewerkschaftseinheit, als sich aber die tschechische und die deutsche freigewerkschaftliche Zentrale vereinigte, haben Sie eine ganz unerhörte Kampagne gegen diese Einheit eröffnet. Auch hier sehen wir wieder das-

selbe Bild, das wir schon gezeichnet haben: Sie beschwerten sich, daß Sie von dieser Vereinigung ausgeschlossen wurden, aber Sie weigern sich, gewerkschaftliche Disziplin zu wahren.

Wir könnten diese Beispiele noch um viele vermehren. Sie scheuten nicht einmal davor zurück, die noch ungespaltene Genossenschaftsbewegung zu untergraben. In den Sport- und Kulturorganisationen verstoßen Ihre Parteimitglieder fortgesetzt gegen die Disziplin; aber gegen jeden Versuch, dagegen einzuschreiten, schreien Sie auf und berufen sich auf die Einheitsfront.

Unter solchen Umständen vermögen wir Ihre neuerlich an uns öffentlich ergangene Aufforderung zur Einheitsfront nicht anders einzuschätzen, als alle Ihre bisherigen.

Der Weg, den Sie vorschlagen, führt nicht zur

Neberwindung der Herrschaft und zur Stärkung der Schlagkraft des Proletariats, sondern infolge Ihrer auf die Vernichtung der sozialdemokratischen Partei eingestellten Kampfesweise nur zu noch größerer Verschärfung der Gegensätze innerhalb des Proletariats, die sich, wie die Vergangenheit zeigt, die kapitalistische Bourgeoisie so wunderbar nutzbar zu machen versteht.

Indem wir schließlich neuerlich bemerken, daß wir im Rahmen der vorhandenen Möglichkeiten alles dazu tun werden, um wenigstens im parlamentarischen Kampfe eine Verständigung über das weitere Vorgehen zur Abwehr der reaktionären Anschläge des deutsch-tschechischen Bürgerblocks herbeizuführen, verbleiben wir

mit sozialistischem Gruß: Ezech.

# Die Verhandlungen der Eisenbahner gehen weiter. Die Vertreter sämtlicher Eisenbahnerorganisationen treten Sonntag zu einer Beratung zusammen.

Prag, 11. März. Heute vormittag fand die angekündigte informative Besprechung der Abgeordneten-Gewerkschafter, welche die einzelnen Eisenbahnerorganisationen vertreten, mit dem Vertreter der Regierung, dem Ministerialrat Doktor Fiser, statt. Von Parlamentariern waren erschienen die Abgeordneten Grünzner, Probeckh, Burival, Ravnitzil und Senator Sokor.

Dr. Fiser, der Schöpfer der Eisenbahnerdienstordnung, gab namens der Regierung Informationen über die Grundzüge, auf denen die Dienstordnung aufgebaut wurde. Der heutigen generellen Aussprache, die von 10 Uhr vormittags bis 2 Uhr nachmittags dauerte, wird morgen vormittag um 9 Uhr eine zweite Besprechung folgen, die der Erörterung konkreter Fragen gewidmet sein soll.

Morgen um 10 Uhr vormittags tritt die Exekutive der koalitierten Eisenbahnerorganisationen erneut zu einer Beratung zusammen, in der die

Dienstordnung einer eingehenden Diskussion unterzogen werden wird. Auf Grund dieser eingehenden Besprechung werden dann konkrete Forderungen bezüglich Abänderung der Dienstordnung aufgestellt werden, welche der Regierung vorgelegt werden sollen.

Für den Ernst der Situation zeugt am besten die Tatsache, daß die Exekutive bereits für Sonntag nachmittags 3 Uhr die Vertreter sämtlicher Eisenbahnerorganisationen, also auch der nicht im Zentralberatersmännerratsrat vertretenen Gewerkschaften, darunter der Gewerkschaft deutscher Eisenbahner und des deutschen Eisenbahnbedienstetenvereins, nach Prag zu einer Sitzung einberufen hat. Die Exekutive erachtet es für notwendig, zu diesen Besprechungen die Vertreter aller überhaupt existierenden Eisenbahnerorganisationen heranzuziehen, damit vollste Einheitlichkeit in der Durchführung der zu fassenden Beschlüsse verbürgt ist.

# Der Aufruf an die Eisenbahner.

Durch ein Versehen in der Druckerei ist in der gestrigen Folge unseres Blattes der Aufruf der Exekutive der koalitierten Eisenbahner-Organisationen an die Eisenbahnbediensteten verstimmt wiedergegeben worden. Wir bringen daher die für die Eisenbahner wichtige Mitteilung nochmals:

## An die Eisenbahner!

Die Beratung der Vertreter der Gewerkschaftsorganisationen der Eisenbahnbediensteten wurde am 10. d. M. durch die plötzliche Herausgabe der Dienstordnung überrollt, ohne daß die Regierung den Entwurf dieser Dienstordnung, wie dies verlangt wurde, dem Zentralberatersmännerratsrat und den Organisationen zur Behandlung und Begutachtung übermitteln hätte.

Die Vertreter der unterfertigten Organisationen, welche trotzdem von dem in der Beratung am 9. März eingenommenen Standpunkt ausgehen, d. h. alle Wege und Mittel ausschöpfen wollen, welche eine friedliche Beilegung des Streits ermöglichen, haben die Regierung um Verhandlungen ersucht.

In dieser Richtung wurde bei der Regierung mit dem Ergebnis interveniert, daß der

Vertreter der Regierung in einer Sitzung der Abgeordneten-Gewerkschafter, welche die koalitierten Organisationen vertreten, am 11. d. M. Erläuterungen zu der herausgegebenen Regierungsverordnung geben wird.

Ueber das Ergebnis dieser Konferenz wird die gewählte Exekutive sofort in einer neuen Beratung, welche einen definitiven Standpunkt einnehmen wird, verhandeln. Falls auch diese Verhandlung nicht zum Ziele führen sollte, wird die Exekutive eine Beratung der Vertrauensmänner aller beteiligten Organisationen einberufen, welche über den weiteren Fortgang der Aktion entscheiden wird. Die Exekutive betrachtet es als notwendig, die Eisenbahner auf die tendenziösen Nachrichten der bürgerlichen Presse aufmerksam zu machen, die in einer bei solchen Angelegenheiten üblichen Weise bestrebt ist, das Vertrauen der Eisenbahnbediensteten zu ihren Gewerkschaftsorganisationen zu untergraben. Durch diese lügenhaften Nachrichten, deren einziges Ziel die Schwächung der gerechten Aktion der Eisenbahner ist, werden sich die Eisenbahnbediensteten nicht täuschen lassen und darauf damit antworten, daß sie sich um ihre Organisationen scharen und sie bis zur erfolgreichen Beendigung ihres Kampfes unterstützen.

Die Exekutive der koalitierten Organisationen der Eisenbahnbediensteten.

# Unser Kampf gegen die Verwaltungsreform.

Aus allen Parteikreisen und Bezirken geben uns weitere Berichte über den ausgezeichneten Verlauf unserer Protestversammlungen gegen die Verwaltungsreform zu. Von dem Umfang unserer Aktion, die noch nirgends vollkommen abgeschlossen ist, vermag auch wohl die Tatsache einen Begriff zu geben, daß in den letzten 14 Tagen in unserem westböhmischen Kreisgebiet allein 136 sozialdemokratische Versammlungen stattgefunden haben. In den letzten Tagen sprach dort Genosse Pohl in einer sehr gut besuchten Versammlung in Neudel, und in einer außergewöhnlich überfüllten Versammlung in Neuhammer, Gen. Schweickhardt sprach in Bernau, Koling und Schönkind, Genosse Jafsch in Frühbuch und Siebacht, Genosse Kog in Rothau. Sehr gute Versammlungen fanden weiters in Friedersreuth, Wernersreuth und Honbrunn statt. Am Samstag sprach Genossin Blatny in Schmiedeburg, Genosse Wondral in Wartha, Sonntag Genossin Blatny in Weipert und Genosse De Witte in Marienbad, Genosse Pohl in Falkenau, Montag Genosse De Witte in Frühbuch, Genosse Wondral in Aisch. Außerdem fanden am Sonntag öffentliche Versammlungen unter anderem statt in Haid, Buchau und Luditz.

Eine große Kundgebung fand am letzten Mittwoch in Schluckenau statt, wo Genosse Nechl referierte. Für die nächsten Tage sind noch Protestversammlungen in Warnsdorf, Krnan, Rixdorf, Georgswalde, Kreibitz und Wolfberge angelegt.

In Reichenberg fand unsere Protestversammlung am Donnerstag vor etwa 500 Arbeitern und Arbeiterinnen statt. Das Hauptreferat erstattete dort Genosse Koscher. Nach Schluß der Versammlung trat eine größere Anzahl Arbeiter der Partei bei. Im Reichenberger Gebiet finden dieser Tage außerdem noch sozialdemokratische Protestversammlungen statt in Hohenelbe, Gablonz, Krhan, Hanichen, Friedland, Dörfel und Mittel-Langenan. Für die tschechische und deutsche Arbeiterschaft gemeinsam fand am letzten Sonntag eine Versammlung in Unter-Magdorf statt.

In Mähren finden dieser Tage unter anderem Versammlungen statt in Zwittau, Mähr-Trübau und Jglau.

# Der humpelnde Agrarbolshewismus.

Er will es mit der Ressentiment in den Organisationen des kleinen Landvolks probieren.

Das Schmerzenskind unserer Kommunisten ist ihre Agrarbewegung. Sie verkünden zwar unablässig die Notwendigkeit der Schaffung einer Arbeiter- und Bauernregierung, bisher haben sie jedoch kaum ein Dutzend Kleinbauern aufgetrieben, die für diesen „Rettungsplan“ begeistert sind. Besonders wurmt es die Herrschaften, daß die „ewig gestrigen“ deutschen Sozialdemokraten unter der Landbevölkerung erfolgreiche Arbeit leisten, während sie unseren forschenden Kämpfern mit den Großagariern nur als Jaungäste beizuhören dürfen. Das möchten sie uns halt gern nachmachen und deshalb haben sie auf die Tagesordnung ihrer nordwestböhmischen Kreisversammlung die Agrarfrage gestellt, wozu ein Herr Kohn — wohl ein gebürtiger Kleinbauer — das Referat erstattete. Neben einigen, den Richtlinien der „Kommintern“ entnommenen Phrasen ist von

# Die grinfende Frage.

Roman von Victor Hugo.

4 Aus dem Französischen übersetzt von Eva Schumann.

Bei den für Zeitungen bestimmten Exemplaren wurden die Seiten nach gelehrten Prinzipien ausgerichtet; es war, als hätten sie überhaupt keine Knochen mehr; das gab Akrobaten.

Die Comprachicos nahmen dem Kind nicht nur sein Gesicht, sie nahmen ihm auch sein Gedächtnis; wenigstens soviel sie konnten. Das Kind wußte nichts von der Verstimmlung, die es durchgemacht hatte; diese fürchtbaren chirurgischen Eingriffe ließen wohl Spuren auf seinem Gesicht zurück, aber nicht in seinem Gedächtnis; höchstens konnte es sich daran erinnern, daß es eines Tages von Männern ergriffen wurde, daß es dann eingeschlafen und schließlich geheilt worden war. Geheilt von was? Das wußte es nicht. Das Brennen mit Schwefel, das Schneiden mit dem Messer — auf nichts bejaunen sich die Kinder. Während der Operation schläfereten die Comprachicos ihre kleinen Patienten durch ein betäubendes Pulver ein. Dieses Pulver wurde in China seit undenklichen Zeiten benutzt und wird auch jetzt dort noch verwendet.

Die Comprachicos kauptierten bald hier, bald da, aber sie waren ernste, fromme Leute und hatten mit dem übrigen fahrenden Volk nichts zu tun; nie fiel es ihnen ein, zu stehlen.

Sie stammten aus allen Ländern; da waren Franzosen, Kastilianer, Engländer, Deutsche, Italiener. Was in Menge unterhielten sich mit ihren, denn der Basle und der Ire verstehen einander. Die Comprachicos bildeten nicht eine lose Gemeinschaft als einen Volksstamm. Es war die Bettlerschaft der ganzen Welt, die ein Verbrechen zu ihrem Gewerbe gemacht hatte.

Rollender Stein und fahrendes Gewerbe sehen kein Moos an; die Comprachicos waren arm. Vielleicht, wahrscheinlich sogar, waren ihre unbekannt gebliebenen Häuptlinge, die Großunternehmer des Kinderhandels, reiche Leute. Dieser Punkt wird sich nach zweihundert Jahren nur schwer klarstellen lassen.

In England standen, solange die Stuartis regierten, die Comprachicos beinahe unter Schutz. Jakob II., ein leidenschaftlicher Mensch, verfolgte die Juden und hütete die Zigeuner, aber den Comprachicos war er ein gnädiger König. Wir wissen weshalb. Die Comprachicos waren Abnehmer für die Menschenwaren, die der König verkaufte. Das Verschwindenlassen war ihre Spezialität. Das Wohl des Staates forderte von Zeit zu Zeit solches Verschwinden. Ein Erbe, der im Wege war, wurde noch im kindlichen Alter von ihnen mitgenommen und behandelt und verlor seine Züge und Gestalt.

Im Jahre 1688 kam in England eine andre Dynastie zur Herrschaft — Oranien an Stelle der Stuartis. Wilhelm III. folgte auf Jakob II.

Wilhelm III. hatte andre Ideen und traf andre Maßnahmen als Jakob; er ging scharf gegen die Comprachicos vor und ließ viel guten Willen an die Ausrottung dieses Ungeziefers. Das war für sie ein schwerer Schlag, und seit dieser Zeit wurden sie nach und nach ausgerieben.

Erstes Buch.

## Schwärzer als die Nacht ist der Mensch.

Ein hartnäckiger Sturm blies den ganzen Dezember 1689 und den ganzen Jänner 1690 hindurch ohne Aufhören über den europäischen Kontinent und noch rauber über England.

Eines Abends, gegen Ende eines der eisigsten Jännerstage des Jahres 1690, trug sich in einer der zahlreichen unwirtlichen Buchten des Golfes von Portland etwas Ungewohntes zu, so daß die

Möven und wilden Gänse am Eingang der Bucht schrien und kreischten und sich nicht hineinwagten.

Ein kleines Fahrzeug lag, bank dem tiefen Wasser, fast unmittelbar am Felsenrand, an einer Felsrippe verankert. Es ist falsch, wenn man sagt: die Nacht sinkt hernieder; man sollte sagen: das Nacht liegt auf; denn von der Erde kommt das Dunkel. Am Fuße des steilen Felsenrandes war schon Nacht, oben war es noch Tag. Wer nahe an das verankerte Schiff herangeklettert wäre, hätte eine bistabische Barke erkannt.

Da der Wind nicht vom Meere kam, war das Wasser in der Bucht ruhig.

Man mußte ganz nahe kommen, um die Barke zu bemerken, die im großen Schattenmantel der Felsen fast verborgen war. Ein Brett war vom Bord bis zu einem niedrigen fachen Vorsprung der Felswand gelegt — dem einzigen Punkt, wo man Fuß fassen konnte; auf dieser schwanfenden Brücke gingen und kamen schwarze Gestalten — in dieser Dunkelheit schiffen sich Menschen ein.

Unendlich ließen sich in der Felswand, die Bindungen eines Pfades erkennen: verknotet und verschlungen, beinahe feuckrecht bergab führend und für Ziegen geeigneter als für Menschen, endete er an dem Felsvorsprung, wo das Brett lag. Auf diesem Pfade mußten die Passagiere gekommen sein, die von der Barke in der Bucht aufgenommen wurden.

Allen Wetterausichten zum Trotz beilieten sich die Leute auf höchste. Es waren ihrer acht, und wahrscheinlich befanden sich eine oder zwei Frauen unter ihnen; aber die waren schwer zu erkennen unter den Felsen und Luppen, mit denen sie alle bedeckt waren. Luppen haben kein Gesicht.

Ein kleiner Schatten, der zwischen den großen hin- und herließ, deutete auf einen Zwerg oder ein Kind.

Es war ein Kind. Schaute man näher hin, so konnte man folgendes bemerken.

Alle trugen lange fahige Umhänge, durchlöchert und geflickt, die im Notfall die Gestalt bis an die Augen verüllten und gegen Wind und Neugierde schützten. Einer der Männer machte den Eindruck eines Anführers; er war mit goldbetetzten Lumpen herausgeputzt und trug eine flittergestickte Weste, die unter keinem Umhang wie ein Fischband hervorleuchtete. Ein anderer hatte einen breitkrämpigen Filzhut tief ins Gesicht gezogen.

Das Kind war mit einem Matrosenkittel bekleidet, der ihm bis an die Knie reichte, noch dem Grundjah, daß ein Männerrock ein Kindermantel ist. Seine Gestalt ließ auf einen Jungen von zehn oder elf Jahren schließen.

Die Mannschaft der Barke bestand aus einem Schiffspatron und zwei Matrosen; anscheinend kam die Barke aus Spanien und war im Begriff, dahin zurückzufahren; zweifellos verschifft sie Schmugglerdienste von einer Küste zur andern.

Die Flirterprache dieser Wesen war bunt zusammengesezt: bald ein kastilianisches Wort, bald ein deutsches, bald ein französisches; zuweilen wallonisch, zuweilen basisch. Es war ein Raubdialekt, wenn nicht gar eine Gannersprache.

Dieser zusammengewürfelte Haufen Menschen schien eine Gesellschaft guter Kameraden und war vielleicht eine Verbrecherbande.

Wäre es ein wenig heller gewesen und hätte man ein bißchen eindringlicher hingeschaut, so hätte man an diesen Leuten, halb verborgen unter den Luppen, Rosenkränze und Skapuliere bemerkt. Auch hätte man, wäre es weniger finstler gewesen, am Bordsteil des Schiffes eine Madonna mit dem Kinde erkennen können, die als Gullionsfigur diente, darunter eine Laterne, die jedoch jetzt nicht angezündet war. Unter der heiligen Jungfrau stand in goldenen Buchstaben das Wort „Matthina“, der Name des Schiffes, der aber wegen der Dunkelheit nicht lesbar war.

(Fortsetzung folgt.)

feinen Ausführungen nur folgende Stelle erwähnenswert:

Wir müssen verstehen, durch die Fraktionsarbeit in den proletarischen Organisationen auf dem Lande, durch die Herausbildung des linken Flügels in den wirtschaftlichen Organisationen des kleinen Landvolkes, durch Unterjüngung der Schaffung von neuen, zentralen wirtschaftlichen Organisationen der Klein- und Mittelbauern das arbeitende Landvolk auch organisatorisch zu beeinflussen.

Aus der folgenden Debatte ging hervor, daß sich die Delegierten absolut keinen Rat wußten, wie sie die Aufgabe selbständig lösen könnten und wie etwa der Kampf gegen die Agrarapitalisten praktisch zu führen sei. Es wird also dabei bleiben, daß die Kommunisten auf Rücken ihren Vormarsch am Lande antreten, d. h., daß sie sich auf die bestehenden Organisationen der Kleinbauern und Landarbeiter stützen, dort wieder ihre berühmte Fraktionsarbeit beginnen, bis man aus den Spaltungstrümmern irgendwelche Bausteine für eine kommunistische Landvolksorganisation zusammenklauben könnte. Wir können den Kommunisten nur versichern, daß sie mit diesen lauberen Plänen absolut kein Glück haben werden. Die Zahl der von ihrer Wählerarbeit ruinierten Kleinbauern- und Landarbeitergruppen ist bereits groß genug und da kein Klassenbewußtes Landvolk absolut keine Lust besteht, sich die mühsam aufgebauten Organisationen mutwillig zerstören zu lassen, so könnte es passieren, daß die Sendboten einer neuerlichen Spaltung mit nervigen Kleinbauernhäufchen in sehr unangenehmer Weise Bekanntschaft machen. Das mögen sich die Herren Kohn und Weibrauch vorläufig gelogt sein lassen. Und wenn sie sich auf den Kopf stellen, werden die Sozialdemokraten die Führer des revolutionären Befreiungskampfes des kleinen Landvolkes bleiben und werden sich dabei vom „Politbüro“ einen Schmarren dreintreden lassen, wie sie es zu machen haben.

Auch den Polizisten wird das Wahlrecht weggenommen. Die bürgerliche Koalitionsregierung führt — daran kann gar kein Zweifel mehr bestehen — einen systematischen Kampf gegen das allgemeine gleiche Wahlrecht. Im Ausschusse des Abgeordnetenhauses hat man bereits beschlossen, den Soldaten das Wahlrecht zu nehmen, durch den Gesetzentwurf über die Verwaltungsreform wird den 21- bis 24-jährigen das Wahlrecht geraubt und nun sollen auch die Staatspolizisten des Wahlrechtes verlustig erklärt werden. Die Sache soll — wie ein literarisches Blatt meldet — im Kreise der Koalition schon entschieden sein. Wer weiß, ob damit schon der Wahlrechtsraub ein Ende hat und welchen Schichten der Bevölkerung auch das Wahlrecht genommen werden wird?

### Rundfunk für Alle!

Programm für morgen, Sonntag.

Prog. 309. 9. Landwirtschaftlicher Rundfunk. 10. Vortragsabend aus der Reichsversammlung. 11. Kette. 1. Produktionsrat. 2. Kette. 3. Kette. 4. Kette. 5. Kette. 6. Kette. 7. Kette. 8. Kette. 9. Kette. 10. Kette. 11. Kette. 12. Kette. 13. Kette. 14. Kette. 15. Kette. 16. Kette. 17. Kette. 18. Kette. 19. Kette. 20. Kette. 21. Kette. 22. Kette. 23. Kette. 24. Kette. 25. Kette. 26. Kette. 27. Kette. 28. Kette. 29. Kette. 30. Kette. 31. Kette. 32. Kette. 33. Kette. 34. Kette. 35. Kette. 36. Kette. 37. Kette. 38. Kette. 39. Kette. 40. Kette. 41. Kette. 42. Kette. 43. Kette. 44. Kette. 45. Kette. 46. Kette. 47. Kette. 48. Kette. 49. Kette. 50. Kette. 51. Kette. 52. Kette. 53. Kette. 54. Kette. 55. Kette. 56. Kette. 57. Kette. 58. Kette. 59. Kette. 60. Kette. 61. Kette. 62. Kette. 63. Kette. 64. Kette. 65. Kette. 66. Kette. 67. Kette. 68. Kette. 69. Kette. 70. Kette. 71. Kette. 72. Kette. 73. Kette. 74. Kette. 75. Kette. 76. Kette. 77. Kette. 78. Kette. 79. Kette. 80. Kette. 81. Kette. 82. Kette. 83. Kette. 84. Kette. 85. Kette. 86. Kette. 87. Kette. 88. Kette. 89. Kette. 90. Kette. 91. Kette. 92. Kette. 93. Kette. 94. Kette. 95. Kette. 96. Kette. 97. Kette. 98. Kette. 99. Kette. 100. Kette.

### Deutschland.

Reichstagsbeschlüsse. 1000. 9. Arbeitstagung von Berlin. 1001. Reichstagsbeschlüsse. 1002. Reichstagsbeschlüsse. 1003. Reichstagsbeschlüsse. 1004. Reichstagsbeschlüsse. 1005. Reichstagsbeschlüsse. 1006. Reichstagsbeschlüsse. 1007. Reichstagsbeschlüsse. 1008. Reichstagsbeschlüsse. 1009. Reichstagsbeschlüsse. 1010. Reichstagsbeschlüsse. 1011. Reichstagsbeschlüsse. 1012. Reichstagsbeschlüsse. 1013. Reichstagsbeschlüsse. 1014. Reichstagsbeschlüsse. 1015. Reichstagsbeschlüsse. 1016. Reichstagsbeschlüsse. 1017. Reichstagsbeschlüsse. 1018. Reichstagsbeschlüsse. 1019. Reichstagsbeschlüsse. 1020. Reichstagsbeschlüsse. 1021. Reichstagsbeschlüsse. 1022. Reichstagsbeschlüsse. 1023. Reichstagsbeschlüsse. 1024. Reichstagsbeschlüsse. 1025. Reichstagsbeschlüsse. 1026. Reichstagsbeschlüsse. 1027. Reichstagsbeschlüsse. 1028. Reichstagsbeschlüsse. 1029. Reichstagsbeschlüsse. 1030. Reichstagsbeschlüsse. 1031. Reichstagsbeschlüsse. 1032. Reichstagsbeschlüsse. 1033. Reichstagsbeschlüsse. 1034. Reichstagsbeschlüsse. 1035. Reichstagsbeschlüsse. 1036. Reichstagsbeschlüsse. 1037. Reichstagsbeschlüsse. 1038. Reichstagsbeschlüsse. 1039. Reichstagsbeschlüsse. 1040. Reichstagsbeschlüsse. 1041. Reichstagsbeschlüsse. 1042. Reichstagsbeschlüsse. 1043. Reichstagsbeschlüsse. 1044. Reichstagsbeschlüsse. 1045. Reichstagsbeschlüsse. 1046. Reichstagsbeschlüsse. 1047. Reichstagsbeschlüsse. 1048. Reichstagsbeschlüsse. 1049. Reichstagsbeschlüsse. 1050. Reichstagsbeschlüsse. 1051. Reichstagsbeschlüsse. 1052. Reichstagsbeschlüsse. 1053. Reichstagsbeschlüsse. 1054. Reichstagsbeschlüsse. 1055. Reichstagsbeschlüsse. 1056. Reichstagsbeschlüsse. 1057. Reichstagsbeschlüsse. 1058. Reichstagsbeschlüsse. 1059. Reichstagsbeschlüsse. 1060. Reichstagsbeschlüsse. 1061. Reichstagsbeschlüsse. 1062. Reichstagsbeschlüsse. 1063. Reichstagsbeschlüsse. 1064. Reichstagsbeschlüsse. 1065. Reichstagsbeschlüsse. 1066. Reichstagsbeschlüsse. 1067. Reichstagsbeschlüsse. 1068. Reichstagsbeschlüsse. 1069. Reichstagsbeschlüsse. 1070. Reichstagsbeschlüsse. 1071. Reichstagsbeschlüsse. 1072. Reichstagsbeschlüsse. 1073. Reichstagsbeschlüsse. 1074. Reichstagsbeschlüsse. 1075. Reichstagsbeschlüsse. 1076. Reichstagsbeschlüsse. 1077. Reichstagsbeschlüsse. 1078. Reichstagsbeschlüsse. 1079. Reichstagsbeschlüsse. 1080. Reichstagsbeschlüsse. 1081. Reichstagsbeschlüsse. 1082. Reichstagsbeschlüsse. 1083. Reichstagsbeschlüsse. 1084. Reichstagsbeschlüsse. 1085. Reichstagsbeschlüsse. 1086. Reichstagsbeschlüsse. 1087. Reichstagsbeschlüsse. 1088. Reichstagsbeschlüsse. 1089. Reichstagsbeschlüsse. 1090. Reichstagsbeschlüsse. 1091. Reichstagsbeschlüsse. 1092. Reichstagsbeschlüsse. 1093. Reichstagsbeschlüsse. 1094. Reichstagsbeschlüsse. 1095. Reichstagsbeschlüsse. 1096. Reichstagsbeschlüsse. 1097. Reichstagsbeschlüsse. 1098. Reichstagsbeschlüsse. 1099. Reichstagsbeschlüsse. 1100. Reichstagsbeschlüsse.

# Ein demagogisches Ausstellungstüd.

Die Alexikalen „beruhigen“ ihre Wähler. — Eine nichtsagende Erklärung des christlichsozialen Parteivorstands und ein unglaublich trivialer Artikel der „Deutschen Presse“.

## Gibt es wirklich Wähler, die sich durch derlei Windbeutelereien blöd machen lassen?!

Seit sieben Wochen ist der ungefähre Inhalt der Verwaltungsreform der Öffentlichkeit bekannt. Seit etwa vier Wochen liegt der offizielle, von den deutschen Ministern mitbeschlossene Regierungsantrag vor. Seit drei Wochen häufen sich von Tag zu Tag die Proteste der Bezirke, Gemeinden, der sozialistischen und der indifferenten, bisher bürgerlichen Wähler gegen das Schandwerk des Dr. Kramar. Und ebensolange hat die christlichsoziale „Deutsche Presse“, dabei in Konflikt mit ihren eigenen Parteigenossen geratend, dieses Schandwerk verteidigt, weil der Mahr-Parting es so wollte. Der Sturm legte sich nicht; Hunderttausende haben im Laufe der letzten Wochen gegen die Schandvorlage protestiert, Hunderttausende haben den deutschen Parteien, die sich zu Bütteln des Einfuhrscheine-spendenden Svehla erniedrigen, ihre Verachtung und ihr Mißtrauen bezogen. Christlichsoziale Gemeindevorsteher haben für unsere Resolution gestimmt, die ihre eigene Partei für das Henkerspiel verantwortlich macht. Nach fast zwei Monaten weicht die christlichsoziale Parteileitung dem Druck der Wählermassen und sucht sie zu — beruhigen.

## Es bedurfte erst der Erlaubnis Svehlas, der ja sicheren Gerüchten zufolge, an der Verwaltungsreform gewisse Zieldarstellungen vornehmen läßt, es bedurfte des Vorstoßes der Slowaken im Ausschuss, daß die Christlichsozialen sich zu einer Stellungnahme entschlossen.

Wie sieht nun der Beschluß aus, den die Wählerpartei gefaßt hat? Zunächst gibt es da eine Art Vertrauensklugung für die aktivistische Politik, dann heißt es, daß von der Teilnahme an der Regierung eine Besserung der Lage des deutschen Volkes „erwartet“ werde, daß man auch die Anwendung des Grundsatzes der Selbstverwaltung „erwartet“; ähnliche Phrasen füllen den größten Teil der Entschuldig. Weiter heißt es:

„Gegen die Verwaltungsreformvorlage sind von allen Schichten unseres Volkes so ernste Bedenken erhoben worden, daß sie in der gegenwärtigen Form als unannehmbar bezeichnet werden muß. Wir fordern insbesondere für alle öffentlichen Körperschaften die Wahl und Ichnen daher, auch aus nationalen Gründen, ein unbeschränktes Ernennungsrecht der Regierung ab, wir fordern eine gerechte und praktische Regelung der Sprachfrage in allen Vertretungsorganen, eine gesetzliche Festlegung des Polizeistrafrechtes und des Verwaltungsrechtes. Verwirklichung der einmütigen Forderung der Gesamtbewölkerung von Schlesien, endlich bei Wahrung der beherrschenden Autorität auch gesetzliche Sicherungen gegenüber bürokratischer Willkür. Im Sinne einer gesunden demokratischen Entwicklung soll die Mitbestimmung der Bevölkerung bei der Verwaltung so weitgehend als möglich festgelegt werden.“

Das Beste an diesem Halb- und Halb-Beschluß ist das Zugeständnis, daß die Bevölkerung ihn erzwingen hat. Das Ernennungsrecht wird nur bekämpft, sofern es unbeschränkt ist, mit einigen Einschränkungen würde man es freisetzen, das Polizeistrafrecht: an sich tut nichts, nur soll es gesetzlich sein, die Forderung der Schlesier soll „berücksichtigt“ werden. Daß nun ja die beherrschende Autorität gewahrt bleibt! Und die Bevölkerung soll „so weitgehend als möglich“ — als bei dieser Regierung eben möglich ist! — mitbestimmen dürfen. Was von diesen mehr als bescheidenen Forderungen, die alleamt den Weg zu den Kohleneinfuhrscheinen offen lassen und keineswegs die Brücken zwischen Wäge und Svehla abbauen, noch übrig bleiben wird, wenn erst Svehla wieder die Jügel scharf anzieht, wird man so sehen und wir werden den Erfolg ganz in Ruhe abwarten. Köstlich ist aber, was die „Deutsche Presse“ sich in einem Leitartikel als Kommentar zu dem Widel-Wackel-Beschluß ihrer Partei leistet. Da heißt es nämlich:

„Die Reichsparteileitung spricht damit offiziell aus, was seit Erscheinen des Entwurfes die ungeteilte Meinung aller christlichsozialen Kreise war, daß nämlich der Gesetzentwurf eine Verhandlungsgrundlage darstellt, die nur dann zu einem neuen Verwaltungsgesetze führen wird, wenn durch die entsprechende Einflussnahme der deutschen Regierungsparteien bestimmte Änderungen erreicht werden.“

Da lachen die Ruhe! Seit dem Erscheinen des Entwurfes war es die ungeteilte Meinung der christlichsozialen Kreise, daß man an dem Gesetz etwas ändern müsse! Warum hat dann das Jägerndorfer „Volk“ geschrieben: — — — hat es in Schlesien sehr bestreitet, daß die in der Öffentlichkeit als der Partei sehr nachstehend geltende „Deutsche Presse“ in der Frage Schlesiens eine Stellung ein-

genommen hat, die man hier in Schlesien nicht versteht — — — und wir uns entschieden gegen diese Stimmungsmaße zu Ungunsten Schlesiens verwahren.“

Das „Volk“ hat sicher nur gschert und war sich bewußt, daß die „Deutsche Presse“ einer Meinung mit ihm sei. Und war alles einer Meinung, als die „Deutsche Presse“ in einer Polemik mit den Nationalsozialisten erklärte, daß die

„Forderung nach national abgegrenzten Siedlungsgebieten drastisch absurd sei, daß es nicht einmal den deutschen Nationalsozialisten gelingen dürfte, diesbezüglich praktische Vorschläge zu machen.“ Und wo blieb die ungeteilte Meinung über die Mängel der Verwaltungsreform, als das christlichsoziale „Egerland“ am 8. d. schrieb:

„Die geplante Verwaltung gibt aber die Möglichkeit zu einer natürlichen, den Verhältnissen entsprechenden Entwicklung. Deshalb sehen wir in ihr einen Schritt nach vorwärts.“ Oder war alles ungeteilter Meinung über die Ernennung der Vertreter, als die „Deutsche Presse“ in ihrer Folge 20 schon im Jänner die Ernennung des einen Drittels der Vertreter besprochen und meinte:

„Ist dies der Fall (daß die Vertreter verhältnismäßig ernannt werden, d. Red.) dann können wir diese Reform nur begrüßen.“

Und was war mit dem Interview des Mahr-Parting, das die „Deutsche Presse“ in ein- und derselben Nummer gleich zweimal auf der ersten Seite abdruckte? Wir sehen uns wohl oder übel doch veranlaßt, noch einmal Proben aus diesen Interviews zum Vorschein zu geben und wollen uns dabei ganz an die Wiedergabe in der „Deutschen Presse“ halten, die damals zwar mit ihrem Minister, nicht aber mit den christlichsozialen Wählerkreisen einer ungeteilten Meinung war. Die „Deutsche Presse“ schrieb also, und wie folgt gleich zweimal hintereinander, damit es sich ja jeder gut einprägen (was ihr bei uns auch gelungen ist!):

„Die Mährler zur Länderverfassung, sagte der Minister, könne man als einen Fortschritt auffassen, weil dadurch das deutsche Element in Böhmen zu der ihm gebührenden entsprechenden Vertretung kommen werde. Unangenehm sei die Sache nur für Schlesien, das bei der geplanten Gausverfassung auf mehrere Gaus aufgeteilt war und nunmehr mit Währen zu einem Verwaltungsgebiet vereinigt wird. Das geschähe aber nur aus Gründen der Billigkeit, da kleine Verwaltungsgebiete zu teuer zu stehen kommen. Allerdings bestesse in Böhmen eine gewisse Gefahr, daß die Landesverwaltung ein zu schwerfälliger Apparat würde. Wie bereits bekannt, werden sich die in Aussicht genommenen Vertretungen aus zwei Dritteln gewählter Mitglieder zusammensetzen. Die Ernennung eines Drittels der Mitglieder

dieser neuen Vertretungskörper wird man vielleicht nicht unbedingt billigen können, doch kommt darin letzten Endes ein gesunder Gedanke zum Ausdruck, indem mit der Vertretung aus breiterer demokratischer Grundlage eine solche wirtschaftlich interessierter Gruppen verknüpft wird. Allerdings ließe sich dieser Gedanke vielleicht demokratischer durchführen, wenn man dieses Drittel, das jetzt von der Regierung ernannt wird, aus Wahlen gewisser interessierter Gruppen auf ständiger Grundlage hervorgehen ließe. Die praktische Durchführung dieses Gedankens scheiterte jedoch im Augenblick daran, daß gewisse wichtige, interessierte Gruppen, die bei solchen Vertretungen nicht übergangen werden dürfen, in der Tschechoslowakei noch einer solchen ständischen Zusammensetzung ermangeln.“

Damals hat also das Gesetz den berechtigten Lebensinteressen der Deutschen entsprochen, heute entspricht es ihnen nur, wenn es nach den Vorschlägen der „Deutschen Presse“ geändert wird. Daß es im Wesen nicht geändert wird, darauf kann man ebenso sicher Wist nehmen wie darauf, daß die „Deutsche Presse“ es dann wieder in der alten Fassung verteidigen wird. Der Svehla müßte die politischen Fähigkeiten des Mahr-Parting haben, wenn er mit einer Partei, die ihn aus der Hand reißt, die er mit Fußtritten und Einfuhrscheinen nach Lust und Laune traktieren kann, überhaupt verhandelte. Es ist schon möglich, daß der Widerstand der Massen die Gesetzgeber veranlaßt, ein Hoftäuscherkunststück zu versuchen und mit angeblichen „Änderungen“ die Reaktion schmachhaft zu machen. Sie werden dabei so wenig Glück haben, wie die Christlichsozialen mit ihrer Entschlieung und die „Deutsche Presse“ mit ihrem Artikel, die wir beide kaum für geeignet halten, auch nur ein halbwegs aufgeklärtes Herzschweiß blöd zu machen und auf den Leim der christlichsozialen Beschwichtigungsmanöver zu locken.

## Abkehr der österreichischen Kommunisten durch den sozialdemokratischen Parteivorstand.

Wien, 11. März. (Eigenbericht.) Die kommunistische Parteileitung hatte vor einigen Tagen an den sozialdemokratischen Parteivorstand einen Brief gerichtet, worin sich die Kommunisten bereit erklärten, bei den Wahlen für die Sozialdemokratie zu stimmen, wenn sich diese verpflichtete, im Falle der Eroberung der Macht eine ganze Anzahl von Forderungen, welche die Kommunisten formuliert haben, durchzuführen.

Der sozialdemokratische Parteivorstand hat sich heute mit dieser Zuschrift beschäftigt und beschlossen, den Kommunisten folgende Antwort zu gehen zu lassen:

„Die sozialdemokratische Arbeiterpartei kann im Wahlkampf selbstverständlich nur für ihr eigenes Programm kämpfen und sich, falls sie die Mehrheit erobert, selbstverständlich nur von den Grundzügen ihres eigenen Programmes leiten lassen. Der Parteivorstand ist daher nicht in der Lage, Wahlvereinbarungen mit anderen Parteien zuliebe in Verhandlungen über das Programm der Sozialdemokratie einzugehen.“

Der Zusammenschluß aller bürgerlichen Parteien die Sozialdemokraten, die gewaltigen Geldmittel, welche die Banken, Großindustriellen und Großgrundbesitzer zum Kampf gegen die Sozialdemokratie beistellen, die erbitterte Wut der kapitalistischen Presse gegen die Sozialdemokratie, all das beweist zur Genüge, daß die kapitalistische Bourgeoisie die Arbeiterklasse zu verschlagen hofft, indem sie alle ihre Kräfte gegen die Sozialdemokratie konzentriert. In dieser Lage bedeutet jede Stimme, die nicht für die sozialdemokratische Arbeiterpartei abgegeben wird, eine Stärkung der antimarxistischen Einheitsfront, der von Seipel gebildeten Koalition gegen das Proletariat. Wir hoffen, daß jeder Klassenbewußte Arbeiter aus dieser Lage die notwendigen Konsequenzen ziehen wird.“

## Deutschland soll nachgeben.

In der Saar- und oberschlesischen Frage.

Genf, 11. März. Die heutigen Nachmittags- und Abendstunden waren in weitestem Maße der Verhandlungen über die beiden noch offenen Fragen, nämlich über die Regelung der Saar- und Oberschlesienfrage gewidmet. Die ursprünglich für heute nachmittag vorgesehene Unterredung zwischen Dr. Stresemann und Briand ist vorläufig verschoben worden, da, wie es scheint, die bisherigen Verhandlungen noch keineswegs für eine abschließende Unterredung der beiden Minister weit genug geüben sein dürften. Statt dessen wurde für den späten Abend heute eine Unterredung zwischen Briand, Chamberlain und Dr. Stresemann angefragt.

In der Saarfrage hat sich die Situation gegenwärtig noch keineswegs geändert. Sie dürfte sich im großen im selben Stadium wie zur Eröffnung der gegenwärtigen Ratstagung am Montag befinden. Es handelt sich nach wie vor um die Entscheidung, ob man deutscherseits einem Kompromiß zustimmen will, das tatsächlich die Legalisierung der im Versailler Vertrag keineswegs vorgesehenen völlig neuen Reichslage bedeuten würde, oder ob die Saarfrage in der morgigen Sitzung des Völkerbundes durch Mehrheitsschluß der französischen Wünsche entsprechend geregelt wird.

In der oberschlesischen Angelegenheit wird gleichfalls gegenwärtig mit allen Mitteln versucht, Deutschland zu Zugeständnissen zu veranlassen, obwohl die Rechtslage einseitig und auch unbilligen zugunsten des deutschen Standpunktes liegt. Die Versuche, die Regelung der oberschlesischen Frage entweder einem Dreierkomitee oder einem einzelnen Sachverständigen zu übertragen, würde praktisch zunächst lediglich eine Verknüpfung der gesamten Lage, sowie eine Hinauschiebung, wenn nicht Gefährdung einer dem deutschen Standpunkt entsprechenden Regelung bedeuten.

Im Laufe des Nachmittags ist das vom Völkerbundrat eingefetzte Dreierkomitee wiederum zusammengetreten, um noch einmal den Versuch einer Einigung zu machen.

## Masaryk beim Völkerbund.

Genf, 11. März. Präsident Masaryk wohnte heute um 10.30 Uhr der Sitzung des Völkerbundesrates bei, wobei er in dem für das Publikum reservierten Räume Platz nahm. Die Ratmitglieder Chamberlain, Briand, Zaleski, Tsimlescu und Vandervelde kamen ihn begrüßen. Der Präsident der Republik verfolgte mit Interesse die Verhandlungen des Rates bis zum Schluß der Sitzung. Nachmittags besuchte er das Völkerbundssekretariat, wo er vom Generalsekretär Sir Eric Drummond begrüßt wurde. Um 16.30 Uhr empfing Präsident Masaryk den französischen Außenminister Briand, um 18 Uhr den britischen Staatssekretär für Äußeres Chamberlain; mit jedem der beiden Staatsmänner konferierte der Präsident fast eine Stunde.

## Unruhen in Athen.

Athen, 11. März. In der vergangenen Nacht kam es hier zu Zusammenstößen. Soldaten schossen auf eine Menschenmenge, die trotz des polizeilichen Verbotens nicht auseinander gehen wollte, wobei zwei Personen getötet und mehrere verletzt wurden. Infolge dieses Vorfalls ist der Streik, der gestern abgebrochen worden war, wieder aufgelebt.

### Tages-Neuigkeiten.

#### Zur zehnten Wiederkehr des Todes-tages Anton Schrammel.

Vor zehn Jahren, in der Morgenstunde des 12. März 1917, hat der Tod aus den Genossen Anton Schrammel entrissen. Nach langem, qualvollem Leiden, im dritten Jahre des Weltkrieges, den er so sehr verdammte, in dem das Volk von Oesterreich bitterste Not an den dringendsten Bedürfnissen litt und unter der Maut des Kriegslieferungsgesetzes künftige, ist Genosse Schrammel in Wien gestorben.

Genosse Schrammel war einer von den ganz Alten, die die Anfänge der Arbeiterbewegung in Oesterreich mitmachte. Am 13. November 1854 als Sohn eines Eisenbauers in Wien geboren, erlernte er das Berufswortschlagergewerbe und brachte es in dieser Kunst so weit, daß er bei der Weltausstellung in Paris im Jahre 1889 mit der goldenen Medaille ausgezeichnet wurde. Der Arbeiterbewegung hat sich Genosse Schrammel schon frühzeitig angeschlossen. Er wurde im Jahre 1890 Redakteur des Wochenblattes der Drechsler, später Redakteur der „Gleichheit“ in Wiener-Neustadt. Als Veranlassungsgredner war er besonders in Nordböhmen tätig. Bei den ersten Wahlen nach Badenis „Wahlreform“ im Jahre 1897 wurde er im vierten böhmischen Wahlkreis, der damals ungefähr das Gebiet der heutigen Kreisorganisation Bodenbach—Aussig—Warnsdorf umfaßte, das erstmalig in den österreichischen Reichsrat gewählt.

Dem Träumen der Genossen nachgehend überlebte Genosse Schrammel im Jahre 1899 nach Aussig. Was er hier leistete, ist den älteren Genossen und Genossinnen noch in lebhafter Erinnerung. Im Verein mit den Aussiger Vertrauensmännern, besonders dem verstorbenen Redakteur Genossen Dietl schuf er die Grundlagen der politischen Organisation und des Aussiger Volksbundes. Ein ungünstiger Zufall — in einer Aussiger Zirkon fehlten etwa zehn Stimmen, um die fünf Wahlmänner durchzubringen, welche für die Wahl des Genossen Schrammel genügt hätten — war die Ursache, daß Genosse Schrammel im Jahre 1901 bei der zweiten Reichswahl in der fünften Kurie gegen den gemeinsamen Kandidaten der bürgerlichen Parteien unterlag. Durch die darauf einsetzenden politischen Verfolgungen hatte er auch persönlich zu leiden. Aber unermüdlich arbeitete Genosse Schrammel an dem Ausbau der Organisation weiter und die große Wahlrechtsdemonstration, welche in Aussig im Jahre 1905 stattfand, krönte den Erfolg dieser Arbeit. Bei der ersten Reichswahl nach dem allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrecht im Jahre 1907 wurde Schrammel als Kandidat des Wahlkreises Aussig-Stadt mit 4241 gegen 2682 Stimmen zum Reichstagsabgeordneten gewählt. Dem vereinten Aufsturm des Bürgertums bei den Wahlen im Jahre 1911 ist Schrammel, der mittlerweile mit seiner Familie (die heute noch dort lebt) nach Wien überfiedelt war, um die Stelle des Sekretärs des Verbandes der chemischen Arbeiter zu übernehmen, wieder unterlegen.

Das Genosse Anton Schrammel als Agitator für die Partei und die Gewerkschaft und als Reichstagsabgeordneter für die Arbeiterenschaft seines Wahlkreises, besonders aber für die Aussiger Arbeiterenschaft für die Stadt und den Bezirk geleistet hat, läßt sich in kurzen Worten nicht schildern. Leider war es den Aussiger Arbeitern im Jahre 1917 nicht einmal gegönnt, bei Eintreffen der Todesnachricht aus Wien von dem alten Freund und Genossen gebührenden Abschied zu nehmen und seine Verdienste zu würdigen, denn das „Volksrecht“, das Blatt der Aussiger Arbeiterchaft, an dem Schrammel einst mitarbeitete, war während dieser Zeit behördlich eingestellt. In den Herzen der Arbeiter und Arbeiterinnen aber, die unseren Genossen Anton Schrammel kannten und die vor zehn Jahren trauernd seinen Tod beklagten, lebt er weiter und seine Verdienste sind unvergänglich in der Parteigeschichte der deutschen Sozialdemokraten vermerkt.

Neue Antwörter auf die Koburgsche Erbschaft. Wie die „Koburger Volkszeitung“ meldet, haben Mitglieder der Familie Kobary Anspruch auf die Koburgschen Güter erhoben, um die bekanntlich zwischen dem bulgarischen Prinzen Cyrill und dem Kasias Koburg ein Streit entbrannt ist. Das Vermögen, um das es sich handelt, stammt von den Brüdern Stefan und Peter Kobary, die im 18. Jahrhundert lebten. Eine Kobary hat nun den bulgarischen König Ferdinand geheiratet, an den das Vermögen überging, weil es männliche Sprossen der Familie Kobary nicht mehr gab. Das wird nunmehr bestritten und es haben sich Personen gefunden, die ihre Ansprüche auf das ehemalige Koburgsche Vermögen geltend machen. Der betreffende Prozeß wird vor die Gerichtsstapel von Neutra gelangen.

Wenigstens zum Teil geküht. Am 5. Jänner hat, wie wir damals berichtet haben, der Oberleutnant Schmid im Kaffeehaus Deminka auf der Weinberge den Lehrling Peteralka so geohrfeigt, daß der Lehrling nach jeder Ohrfeige mit dem Kopf an die Holzwand der Garderobe anstieß. Der Lehrling wurde dann noch entlassen, weil er durch lautes Weinen die Gäste auf die Szene aufmerksam machte. Zuerst wurde der Lehrling verhaftet, und statt einer Ermahnung zu bekommen, wurde er dann noch von der Eigentümerin des Kaffeehauses hinausgeworfen, obwohl er schon ein Jahr und vier Monate in der Lehre war. Nicht genug daran, klagte der

### Budapest — die sittlichste Stadt!

#### Man konfisziert Buchbänken in Friseurläden und — die Venus von Milo, — „Nachsteigen“ wird mit Kerker bestraft. — Die „aufreizende“ stilkende Mutter.

Wir haben schon darüber berichtet, daß der neue ungarische Innenminister — er heißt Scitovszky und nennt sich „liberal“ — eine Sittenverordnung herausgab, die das Reaktionsärzte ist, was bisher von europäischen Schmutz- und Schundschmüßlern geleistet wurde. Wie diese Sittenverordnung im Einzelnen aussieht und sich bereits auch auswirkt, schildert ein Korrespondent des „Berliner Tageblatt“. Einiges daraus sei hier wiedergegeben:

„Das Ansprechen eines weiblichen Wesens — 100 Pengö Geldstrafe, bis zu vier Wochen Arrest. Das „Nachsteigen“ Kerker. Die Verordnung will auch das Fluchen abschaffen. Das Schamgefühl darf nicht verletzt werden. Weder durch Schaulustigen, noch durch Tanz, weder mündlich und schriftlich, noch — in Stein gebauen oder in Erz gegossen. Und alles, was Autorität heißt, steht unter dem besonderen Schutze der Verordnung.“

Zuerst mußten die Buchhändler daran glauben.

Ein Polizeioffizier konfiszierte die Venus von Milo. Und gleichzeitig mit ihr die Buchbänken in den Schaufenstern der Friseure.

Von wegen der nackten Brüste. Und als es dann zur Verhandlung vor dem Polizeigericht kam, befragte dieser das gegen die Venus von Milo und die Friseurbüsten geübte staatsrechtliche Verfahren, und in der Begründung dieses Urteiles heißt es: Es ist wohl erwiesen, daß die Venus von Milo ein Kunstwerk ist (über die Friseurbüsten fällt der Polizeigericht nicht dieses gnädige Urteil), doch sei ihre öffentliche Schaulust, bei der jedermann die nackten Brüste sehen kann, geeignet, das Schamgefühl besonders der unreifen Jugend zu verletzen, die an der Venus von Milo eben nur die nackten Brüste sieht. Die Friseurbüsten bekamen Tüllschleier. Aus dem Schaufenster einer anderen Buchhandlung

wurde ein Buch herausgeholt, dessen Titelbild eine stilkende Mutter zeigt.

Bei einem Photographen wurde die Photographie der Primaballerina der königlichen Oper, Pioschinsky, konfisziert, und zwar in dem Kostüm, in dem die Künstlerin an der Oper selbst im „Kraus“ tanzte.

Dann kamen die Kinobilder an die Reihe. Daß mehrere Filme verboten wurden, weil die Girls von Hollywood mit den Kleibern gepost hatten, darüber sind nicht viel Worte zu machen. Aber der Autoritätenparagraf: der Erzherzog in Koda-Koda's „Feldherrnhügel“, der die Anzeigen zur Kritik eines Armeemarsches in dem Voudoir einer Chansonette sammelt, wurde zum einfachen General degradiert, die Königsstochter eines Weltfilms muß hier als simple Herzogin über die Leinwand gehen,

die „Neue Dubarry“ von Ludwig Biró wurde verboten, denn es gehe nicht an, einen König in solch liebedürftiger Lebensführung darzustellen. Das gleiche Schicksal erreichte den Film „Die Tochter des Zaren“, die ihrem Schicksal entronnen ist, in New-York lebt, von ihren Getreuen nach Rußland zurückberufen wird, um den Thron zu besteigen, was Tatjana oder absteht, denn sie liebe ihr uneheliches Kind und wolle es selbst gegen alle Throne der Welt nicht eintauschen. Die Begründung, womit das Urteil ausgesprochen wurde, lautet: „Der Thron verleiht nicht nur Rechte, sondern auch Pflichten und fordert sogar Opfer, von denen kein Anwärtter romantischer Aufwallungen wegen zurückzusehen darf...“

In den Kabarett wurden nicht nur Vieder und Scherze, sondern auch Darstellermasken, mit denen Lokalgrößen inszeniert werden sollten, verboten. Die bekannten plastischen Gruppen, die Weich in Weich plastische Bildwerke wiedergeben sollen, mußten in Kleider gehüllt werden. Das Orpheum wurde angehalten, Plakate dort aufzutreten Tänzerinnen zu überkleben. In den Tanzschulen sitzen Petalide, und die Direktoren unserer Museen sollen sich an „kompetenter“ Stelle erkundigt haben, welche Gemälde sie zu verhängen und für welche Skulpturen sie Kostüme zu beschaffen hätten.“

So weit der Berichterstatter. Mit Reiz werden die angeblichen Sittlichkeitsfanatiker anderwärts nach Budapest blicken, das zwar bisher als eines der ärgsten europäischen Sündenbäbel verschrien war, in dem aber jetzt trotz dieser Sittenverordnung nur mehr die vom bürgerlichen Gesetzbuch erlaubten oder vorgeschriebenen sexuellen Handlungen werden vorgenommen werden. Die hohe Aristokratie, in deren Sphären die Pervertitäten zu Hause sind, wird jetzt das Leben des unberührenden Naturmenschen führen, die Offiziere werden keine Schönen mehr nachsteigen, leiste Bauinspektoren werden kein nacktes Weib mehr anschauen (auch nicht in versteckten vornehmen Fischerlöcher) und geistige Wesen werden sich nicht einmal mehr an hübschen Bildern erfreuen können. Die christliche Weltanschauung der Sophisten ist auf allen Linien siegreich. Sie und da wird vielleicht wieder ein Arbeiter von „erwachenden Ungarn“ wegen seiner Gesinnung ermordet, ein sozialdemokratischer Redakteur erfährt, ein uneheliches Mädchen geschändet werden. Aber im übrigen wird die ungarische Sittlichkeit ihren europäischen Schwestern vorausschreiten, überflügelt höchstens von ihrer italienisch-fascistischen Zeitgenossin, die bezugslosweise ebenso scharf ins Zeug geht, dazu aber den großen Vorteil hat, von einem sittlich so integren, reinen, allseits hochgeschätzten Manne wie Mussolini, geführt zu werden.

begründet unehrenhafter Taten verdächtig habe, angeklagt.

Photographie auf sechs Kilometer Entfernung. Nach einem Bericht aus dem Haag soll ein Telegraphenbeamter zu Doogoland in Holland einen Apparat für Photographie auf weite Entfernung erfunden haben, mit dem photographische Aufnahmen auf Strecken bis zu sechs Kilometer gemacht werden können. Die Aufnahmen sollen scharfer und genauer sein als die, die durch die gegenwärtig vorhandenen Methoden erzielt werden. Das holländische Telegraphenministerium hat nach beendigten vorläufigen Prüfungen einen Versuchapparat angekauft.

Buddha als Leuchtturm. Ein neuer Leuchtturm, der an dem Hafen von Nagoya, der etwa 120 Kilometer nördlich von Kioto liegt, in Gestalt einer riesigen Buddha-Statue in Beton errichtet wurde, stellt die größte Buddha-Figur dar, die es bisher gibt. Dieser Buddha, das Gesicht eines Hafenbeamten von Nagoya, Zaitichi Yamada, der schon viel für die Verbesserung des Hafens getan hat, wiederholt die berühmte Buddha-Verkündung von Kanakaya in gewaltigeren Ausmaßen. Die Statue ist 72 Fuß hoch, hat in der Mitte einen Umfang von 82 Fuß, und an der Stirn, wo sich bei den gewöhnlichen Buddha-Figuren ein Edelstein befindet, leuchtet hier ein elektrisches Licht von 10.000 Kerzenstärke weit über den Hafen als Signal für die Seefahrt.

Drama einer Mutter auf dem Eisenbahngleise. Vor der Station Wöls bei Innsbruck ereignete sich ein schwerer Unfall. Am diese Zeit kam der Kellner Schnellig in voller Fahrt daher. Auf dem Geleise spielte die zweijährige Rosalie, das Kind des Bahnzimmermanns Lutz. Da das Geleise dort eine Biegung macht, konnte der Lokomotivführer das Mädchen nicht sofort sehen, und als er im letzten Augenblicke seiner gewahr wurde, war an ein Bremsen nicht mehr zu denken. Als der Zug nur noch einige Meter von dem Kinde entfernt war, stürzte die Mutter auf das Geleise und wollte ihr Kind davon wegreißen. Sie wurde jedoch selbst vom Zuge erfasst, zermalmt und zur Erde geschleudert und war sofort tot. Frau Lutz hatte in den nächsten Tagen ihre Niederkunft zu erwarten. Die kleine Rosalie wurde von der Lokomotive erfasst, vom Geleise gehoben und festgehalten, bis der Zug nach etwa 50 Metern zum Stehen gebracht werden konnte. Das Kind hat leichte äußere und schwere innere Verletzungen erlitten.

Sittlichkeitsverbrechen an einer Siebenjährigen. Vor einigen Tagen ereignete sich in der Nähe von Sternberg ein Sittlichkeitsverbrechen. Das siebenjährige Töchterchen des Sternberger Trafikanten Morbiger, welches sich auf dem Wege nach Krotendorf befand, wurde von einem Manne, den das Mädchen nur sehr ungenau beschreiben kann, angehalten. Nach kurzem Gespräch verging sich der Betreffende an dem Kinde. Die sofort eingeleiteten Nachforschungen der Gendarmerie und Polizei blieben bisher leider ohne Erfolg.

Dreizehn Personen durch Gas vergiftet. Auf der Nebenbahn in Hindenburg wurden in der Nacht zum Donnerstag dreizehn junge Leute das Opfer einer schweren Gasvergiftung. Sieben der Verunglückten, darunter fünf Mädchen, mußten in schwerer Bewußtlosigkeit in das Krankenhaus eingeliefert werden. Die Ursache des Unfalls ist noch nicht geklärt.

Anhaltende starke Regengüsse und das Steigen der Barometrie haben im Weichbilde von Bourdeaux zu Erdbeben geführt. Es wurden eine Schuttmauer und zwei aus Holz gebaute Scheunen eingedrückt. — Aus Buenos Aires wird gemeldet: Bei den Ueberrechnungen in der Provinz Jujuy sind mehr als 20 Menschen ums Leben gekommen. Der Sachschaden ist beträchtlich. Die Eisenbahnverbindung mit Bolivien ist unterbrochen.

Italienische Gedankenfreiheit. Im Schnellzuge Mailand-Genua wurden, wie die römische „Tribuna“ meldet, zwei Geschäftsreisende, die sich abfällig über das faschistische Regime geäußert hatten, von der politischen Polizei verhaftet und nach Rom überführt, um vor das Sondergericht gestellt zu werden.

Auf der Suche nach dem Raubmörder Lecian. Da in Brinn Gerüchte aufstauten, daß der Räuber und Mörder Lecian sich in einem Automobil aus Rumowitz nach Brinn fahren ließ, forschte die Brünner Polizei die ganze Nacht hindurch nach dem Gefuchten, doch ergebnislos. In der Sicherheitsabteilung wurde der Kunowitzer Chauffeur, der den Mörder angeblich nach Brinn gebracht haben soll, verhört. In Brinn soll Lecian an mehreren Orten gesehen worden sein, darunter angeblich sogar bei einem Friseur, der ihn nach der Photographie erkannt haben will. Ueber den Aufenthalt Lecians in Brinn zirkulieren zahlreiche aufsehenerregende Gerüchte, die aber bis zur Stunde nicht kontrolliert werden konnten.

Jarenfamilie in Sofia. Es ist bekannt, daß die in Kopenhagen lebende Jarenfamilie bis heute das Abhalten einer Totenmesse für die Seele des letzten Jaren ablehnt, da nach ihrer Auffassung keine authentischen Beweise für den Tod vorliegen. Die Legende, daß die Jarenfamilie noch am Leben sei, hat nunmehr wieder neue Nahrung erhalten durch eine Synode, die russische Emigranten in Bulgarien abgehalten haben. Dabei wurde beschlossen, „ohne auf die Frage über das Schicksal der Jarenfamilie einzugehen, infolge der eingelassenen Bitten zahlreicher Müssiggänger diesen zu gestatten, einen Gottesdienst für das Wohlergehen des Jaren Nikolaus II. und seiner Familie abzuhalten.“ Der Gottesdienst fand auch tatsächlich in der Kirche der russischen Gesandtschaft in Sofia statt. Der Bischof Zerafim hielt dabei eine Ansprache, in der er erklärte, der Metropolit Anton sei im Besitze unumstößlicher, zur Berücksichtigung allerdings nicht bestimmter Beweise, daß Jar Nikolaus nebst Familie noch am Leben sei. Auch das Kaisererbe wurde gesprochen, wobei dem Jar sämtliche Titel, die er bei Lebzeiten führte, beigelegt wurden. Zwei Tage später fand ein ähnlicher Gottesdienst in der Kathedrale zu Sofia statt, wobei der Jar Boris persönlich auftrat.

Salomonisches Hunde-Urteil. Oslo, die Hauptstadt Norwegens, ist sehr gesegnet mit Hunden. Diese gehen ein gutes Steuerobjekt ab. Als man aber im vergangenen Jahre die Hundesteuer auf 75 Kronen jährlich erhöhte, streikten eine Anzahl Hundebesitzer mit der Zahlung der Steuer, obwohl die Polizei auf Anweisung der Steuerbehörde verkünden ließ, daß sie jeden nichtversicherten Hund erschlagen werde. Bald hatte die Polizei 300 Hunde anscheinend gemacht, deren Besitzer sich hartnäckig weigerten, die Steuer zu bezahlen. Die Polizei wandte sich an die Steuerbehörde, ob sie die Steuer erheben könne. Das Steueramt erteilte aber die salomonische Antwort, daß „die Vernichtung des Steuerobjektes nicht die richtige Art sei, Steuern einzutreiben.“ Anher dieser Unverschämtheit, die die Steuerbehörde zum Besten gab, reißte sie aber nicht mit, auf welche Weise die säkigen Steuern nun eingezogen werden sollen. Darüber gerichtet sich, als nicht zuständig, die Polizeibehörde aber nicht ihren Kopf. Also kauften die 300 Hunde noch immer wohl und munter ohne Steuerkarte herum.

Neunzehnjährige Goldschmiedin in einem Dorf. In einer kleinen Schuhfabrikstadt der englischen Grafschaft Leicesters mit 5000 Einwohnern fanden am Mittwoch neunzehn goldene Hochzeiten statt. Sieben Paare sind vor 50 Jahren in derselben Kirche getraut worden. Eines der Jubelpaare hatte fünfzehn Kinder. Das gesamte Alter der Hochzeiter beläuft sich auf 267 Jahre.

Stirndruck und Wiener Tanzmeister. Nachdem die österreichischen Bischöfe unlängst in einem Stirndruck die modernen Tänze als sittenwidrig verurteilt und verworfen hatten, hat der Wiener Tanzmeisterverband die hohe Geistlichkeit und die Spitzen der Behörden, darunter den Kardinalbischof von Wien und der Bundeskanzler Dr. Seipel, zu einer Tanzvorführung eingeladen. Am 22. März sollen sie sich durch Augenschein davon überzeugen, ob Foxrot, Zehnund und Charleston, wie sie von den Tanzlehrern gelehrt werden, wirklich unsittlich sind.

# Volkswirtschaft.

## Bau- und Wohnungsgenossenschaften in der Tschechoslowakischen Republik im Jahre 1924.

Die soeben erschienene Nummer 8 der „Mitteilungen des Statistischen Staatsamtes“ bringt ausführliche Daten über die Bau- und Wohnungsgenossenschaften in der Tschechoslowakischen Republik im Jahre 1924. Mit Ende des Jahres 1924 waren im Genossenschaftsregister der Geschäfte im ganzen 1101 Genossenschaften (912 mit tschechischer und slowakischer, 189 mit deutscher Geschäftsprache) eingetragen. In die Verarbeiteten wurden jedoch bloß 787 Genossenschaften aufgenommen, die die obverlangten Daten geliefert haben. Diese Genossenschaften zählten mit Ende des Jahres 1924 79.691 Mitglieder, von denen 35.165 öffentliche Bedienstete, 20.555 Arbeiter, 12.677 Gewerbetreibende, 3602 Privatbeamte und Angestellte, 1832 selbständige Landwirte und 5860 Personen anderer Berufsarten waren. Die Anteile betragen 38.276.79 Kronen. In den 735 Genossenschaften gehörten Häusern waren im Jahre 1924 im ganzen 91.296 Personen untergebracht (hievon entfallen auf Böhmen 510 Genossenschaften und 65.245 Personen, auf Mähren und Schlesien zusammen 187 Genossenschaften und 20.352 Personen und auf die Slowakei 38 Genossenschaften und 5639 Personen). Die Zahl der Wohnungen in den von den Genossenschaften erbauten Häusern beträgt im ganzen 12.694 in den Eigenhäusern und 11.671 in den Mietwohnhäusern (im Jahre 1918 bloß 1090 Wohnungen in den Eigenhäusern und 1968 Wohnungen in den Mietwohnhäusern). Die erwähnte Nummer der „Mitteilungen“ gibt auch an: Die Gesamtfläche der Baugrundstücke, deren Verwendung, den gesamten Bauaufwand und dessen Bedeckung, die Uebersicht der Geldinstitute, die den Genossenschaften Hypothekendarlehen gewährten, die Aktiva und Passiva und die Gewinn- und Verlustrechnung der Bau- und Wohnungsgenossenschaften. Die Mitteilungen sind für 1 Kč in allen Buchhandlungen erhältlich.

## Konzentration im Bankwesen.

Zwischen vier Brüner Banken wird schon seit längerer Zeit wegen einer Verschmelzung unterhandelt. Diese Verschmelzung soll bereits in der nächsten Zeit perfekt werden. — Die Böhmisches Industrialbank hat die Mehrheit des Aktienkapitals der Kroatischen Bank in Agrar erworben. Es steht noch nicht fest, ob die Agrarbank in eine Filiale der Industrialbank umgewandelt werden wird, oder ob sie als selbständige Bank weiter bestehen wird.

## Polen im Eisenkartell.

Wie das „Neue Wiener Tagblatt“ berichtet, sind die in Düsseldorf zwischen der europäischen Rohstahlgemeinschaft und Polen geführten Verhandlungen abgeschlossen worden. Die polnischen Stahlwerke erklären sich bereit, dem Kartell beizutreten, es handelt sich jetzt nur noch um die Fixierung der Polen eingeräumten Lieferungsbedingungen für die Balkanländer. Bemerkenswert ist, daß das „Neue Wiener Tagblatt“ an diese Nachricht sofort die Hoffnung knüpft, daß die Eisenpreise in Oesterreich werden erhöht werden können.

**Arbeitslosigkeit und Arbeitsnachweis.** Die Exekutive des französischen Gewerkschaftsbundes (C. G. T.) macht darauf aufmerksam, daß die Automobilfabrik Citroën in die Tagespresse eine Annonce gesetzt hat, in der 10.000 qualifizierte Arbeiter gesucht werden, was zur Folge haben kann, daß nach dem unter großer Arbeitslosigkeit leidenden Paris noch mehr Arbeitslose gelockt werden. Die C. G. T. verlangt, daß solche Stellenangebote nicht vorzeitig in die Presse gesetzt, sondern den paritätischen Arbeitsnachweiser

eingereicht werden. In einer anderen Resolution protestiert die C. G. T. dagegen, daß in gewissen Industrien, besonders im Bekleidungsgebiete, trotz der großen Arbeitslosigkeit täglich Ueberstunden gemacht werden.

**Nationalisierung und Affordröhne.** Das Reichsamt für Berlin verlangt, daß für alle Arbeiten, die im stehenden Arbeitsprozeß hergestellt werden, die Affordarbeit verboten wird. Ferner soll per Stunde eine Pause von 10 Minuten eintreten.

**Der englische Generalrat gegen Abspaltungen.** Der Generalrat steht den seit dem Generalkongress da und dort neben den regulären Organisationen entstandenen neuen Verbänden durchaus ablehnend gegenüber und wird allen abgepaltenen Organisationen, so weit er dies kann, die Anerkennung verweigern.

**England und die Ratifizierung.** Den neuesten Meldungen zufolge hat die in der vergangenen Woche im Unterhaus geführte Debatte über die Ratifizierungsfrage, die die launische Regierung in eine äußerst unangenehme Lage gebracht hat, zur Folge, daß man nunmehr mit einer schleunigen Einleitung der zur Ratifizierung nötigen Schritte rechnen kann. Wie verlautet, ist Lord Robert Cecil zum Vorsitzenden der Regierungskommission ernannt worden, die die ganze Angelegenheit noch einmal prüfen soll. In parlamentarischen Kreisen rechnet man bestimmt damit, daß die Regierung nach der Rückkehr Cecil's aus Genf baldigt zur Ratifizierung übergehen wird.

## Deulenturie.

### Prager Kurse am 11. März.

	Geld	Mark
100 holländische Gulden . . . . .	1240,25	1235,25
100 Reichsmark . . . . .	798,10	802,40
100 Wlosas . . . . .	468,02 1/2	471,02 1/2
100 Schweizer Franks . . . . .	617,75	617,75
1 Pfund Sterling . . . . .	169,30	161,50
100 Lire . . . . .	150,35	151,91
1 Dollar . . . . .	33,61 1/2	33,91 1/2
100 französische Franks . . . . .	13,75	13,95
100 Dinar . . . . .	59,20	59,70
100 Bengas . . . . .	583,50	592,50
100 polnische Zloty . . . . .	378,25	379,25
100 Schilling . . . . .	473,75	476,75

## Mitteilungen aus dem Subitum.

**Das Beste für Ihre Augen**  
liefert **Optiker Deutsch, Prag,**  
Graben 23, Kl. Bazar.



## Kunst und Wissen.

**Spielplan des Neuen Deutschen Theaters.**  
Samstag, 7 Uhr: „Schwalbennest“ (100—4).  
Sonntag, 2 1/2 Uhr: Arbeitnemer-Vorstellung: „Am weißen Rößl“; 7 Uhr: „Cardillac“ (103—A).  
Montag, 7 Uhr: „Tarruffe“, „Zerbrochener Krug“ (104—4).

**Spielplan der Kleinen Bühne.** Samstag: „Doni“; Sonntag, 3 Uhr: „Spiel im Schloß“; 7 1/2 Uhr: „Flucht“; Montag, Donknechten: „Dover-Calais“.

Herausgeber Dr. Ludwig Czsch.  
Verantwortlicher Redakteur Dr. Emil Strauß.  
Druck: Deutsche Zeitungs-A.G., Prag.  
Für den Druck verantwortlich: O. Holtl.

# Turnen und Sport.

## Jugend und Wandern.

Die Tage werden wieder heller und damit zieht auch die Wanderlust wieder in die Herzen der Menschen. Die letzten Schauer vor der Riste werden abgeschüttelt, und frisch-fröhliche Gesichter grühen den noch kalten Wald oder in den Berggebieten die grünen Tannenwälder. Besonders ist es die Jugend, die jede Stundenhöhere von sich schüttelt. Schnell belebt sich an den Sonntagen das Bild schöner Waldgebiete. Im großen Spiel sieht man schon wieder den Volkstagen, oder an sonnigen Plätzen sammelt sich die jugendliche Schar bei Musik und Gesang zu Volksmärgen und munteren Reigen.

Wir dürfen dabei insbesondere begrüßen, daß es oft gerade unsere Arbeiterjugend ist, die mit zu den Wanderfreudigsten unserer Zeit zählt. Ihr, die ein künftiges Dasein in Fabrik und Werkstatt, in Monitor und in dicker Großbediene führen muß, bringt der Sonntag besondere Freude im Wander- und Naturerlebnis. Ihr zur dieses Erlebnis gesundheitslich und auch aus Gründen der innerlichen, ethischen Entwicklung des jugendlichen Eigenlebens am meisten wert. Jugend ist auch hierin ein besonderer Stoff, der in jeder Hinsicht Wandlungsfähigkeit — nicht im üblichen Sinne — beweist. Und diese Wandlungsfähigkeit ist eng verbunden mit einer guten Aufnahmefähigkeit der Eindrücke, die Spiel, Wandern und mannigfaltige Naturerlebnisse deuten können. So ist gerade in der Jugend die beste Grundlage für eine reiche Innenentwicklung gegeben. Das aber wird besonders gefördert durch das Wandern, durch die Eindrücke der Naturschönheiten und durch den dadurch mit gewachsenem Wissensdurst, Naturerlebnisse und Naturerkenntnis stehen in engem Verhältnis zueinander. Dieses Verhältnis aber in besonderer Weise zu festigen und durch gute Bildungsarbeit zu beeinflussen, hat sich die Naturfreundebewegung zur Aufgabe gemacht. Es ist eine durchaus verständliche Entwicklung, wenn auch die Arbeiterjugend sich in den letzten Jahren in vermehrtem Maße dem Touristenverein „Die Naturfreunde“ und damit der Arbeiterwanderbewegung zuwandert hat. Das ist nicht so sehr der reinen Wandertourismus wegen geschehen, denn die kommt auch in den bescheidenen großen sozialistischen und gewerkschaftlichen Jugendgruppen zur Geltung, sondern mehr um des inneren Betriebes, des Organisationslebens willen. Ganz Jugendwandern verlangt ein großes Maß guter Gefühlseinstellung und guter Gefühlswegung. Dafür aber ist unsere Jugend um so mehr zu haben, je mehr in Industrie und Großstadt das Leben mechanisiert und die Menschheit der wahren Natürlichkeit entfremdet wird. Dabei hat die Romantik hinter dem unwirklich Ideellen in Verbindung mit dem weichen menschlichen Charakter zurückzuführen. Auch das wird in den sozialistischen Jugendgruppen angelehrt. Nur können diese sich dieser Arbeit nicht mit jenseitiger Energie widmen, weil der sozialistischen Arbeiterjugend wie auch den gewerkschaftlichen Jugendgruppen immense politische Erziehungs- und wirtschaftliche Aufgaben erwachsen, die selbstverständlich im Vordergrund ihrer Arbeit stehen müssen. Der Jugend im Kreise der Naturfreunde verbleibt dabei ein reiches Arbeitsfeld auf kulturellem, naturwissenschaftlichem und geschichtlichen Gebiet. Daher auch der Zustrom der Jugend zu diesen Kreisen.

Natürlich dürfen sich keine gegenseitigen Konkurrenzbestrebungen herausbilden. Das für die gesamte Arbeiterjugendbewegung in allen ihren Zweigen gegebene Arbeitspensum ist jedoch demnach reichhaltig und vielfältig, daß man sehr gut eine vorzügliche Arbeitsteilung unter den einzelnen Gruppen fördern kann. Das darf schließlich auch nur der Sinn der besonderen Arbeit auf dem Gebiet des Jugendwanderns sein. Wenn sich die Naturfreunde dieser Aufgabe unterziehen, so haben sie die für die anderen Anwandernsorganisationen gegebenen Arbeitsgrundlagen zu berücksichtigen und nur ergänzend wirksam zu sein. Wo sich aber gemeinsame

Grundbedürfnisse in der Arbeit aufzeigen, wie z. B. in der „Festkultur“, wo soll man sich auch einmal zu gemeinsamer Arbeit zusammenfinden. Ein für den Charakter und den Wert der Naturfreunde-Arbeit wichtiges Moment zeigt sich fernerhin noch in der wieder einsetzenden Bindung zwischen jung und alt im selben Arbeitskreis und Interessensgebiet. Auf derselben gesinnungsmäßigen Grundlage vereint, läßt sich hier wieder eine Bindung zwischen den verschiedenen Altersstufen schaffen, die in der praktischen Arbeit die verschiedenen Generationen zu solidarischem Tun vereint. Diese Tatsache sei in ihrem Wert für die Arbeiterbewegung nicht verkannt. Besonders lohnt sich auf der Grundlage des Jugendwanderns und der Naturfreunde-Bewegung damit eine Entwicklung an, die der gemeinsamen Wirksamkeit der Arbeiterklasse in kommenden harten Kämpfen nur förderlich sein dürfte.

## Frühjahrswaldlauf.

Gingst du zur Frühjahrszeit schon einmal durch den erwachenden Wald, den das Abtuen des fünfjährigen Werdens durchzittert? Vielleicht hast du es getan. Aber ließt du schon einmal durch kein arimes Labirinth, nur mit leichter Rennhose und dünnem Hemd beledert? Wohl laun! Du hast aber solche Gedanken, wenn du vielleicht den Kopf schüttelst über die leichtfertigen Läufer und Läuferinnen, die im Walde an die vorbeistehen. Sie laufen um ihrer Gesundheit willen, sie laufen um ihres Gemütes willen, das in der freien Natur so wunderbar bewegt wird und die Schönheiten des Waldes auskosten und verstehen lernen.

Doch daher nicht spöttisch, wenn du Sportler und Sportlerinnen im leichten Gewand durch den feierlichen Wald laufen siehst, sondern frene dich mit ihnen und verlaufe ihnen nachzueifern.

Wohl keine Uebung arbeitet so schnell und intensiv den Körper durch und beeinflusst das Wohlbefinden des gesamten Organismus so günstig wie der Lauf, von dem selbstverständlich jede Uebereibung fernbleiben muß. Die Lungen atmen reine, sauerstoffhaltige Luft und erhalten so Nahrung und Blutzufuhr, die die Schäden des Berufslebens ausgleichen. Hier wird man frei von den Sorgen des Alltags. Hier im Walde, fernab vom Lärm des Tages, Waldläufe sind nicht nur gesund, sie sind auch billig. Die Waldläufe gehören zu den vollstimmlichsten Lebensbedingungen. Bessere kann man sich gar nicht vorstellen. Paul-Rothe.

# Glaube und Aberglaube.

## Wesen der Wahnvorstellungen und Beziehungs-ideen. — Aberglaube und Religion.

Von Dozent E. Schild (Wien).

Wahnvorstellungen, welche im Gesellschafts- und Völkerverleben in Erscheinung treten, müssen psychologisch anders gewertet werden, als solche im Leben des einzelnen. Das einzelne Individuum, welches im Gegensatz zu seiner Umgebung und zu dem geistigen Durchschnittswort seiner Klasse und seines Volkes, wahrhafte Vorstellungsbilder produziert, ist zweifellos geistesgestört. Jenes Individuum aber, welches Mitglied einer größtenteils Gruppe, beispielsweise einer Gesellschaftsschicht, einer Sekte, einer Rasse oder eines Volkes Wahnvorstellungen nachhängt, braucht deshalb noch lange nicht geisteskrank zu sein, denn krank ist im letzteren Falle vielmehr die höhere umfassendere Einheit, welche der individuellen übergeordnet ist, nämlich die soziale Psyche. Zu den häufigsten Wahnvorstellungen gehören vor allem die sogenannten „Beziehungs-ideen“. Gerade sie sind auf den sich eng berührenden Gebieten des Glaubens und Aberglaubens von besonderem Interesse. Mit Recht behauptet Dr. Lomax, dem wir hier folgen, daß der jeweilige Glaube, soweit er lebendig ist, nichts anderes darstellt, als den Niederschlag einer gewissen Höhe der Naturerkenntnis, nebst den daraus abgeleiteten moralischen Nützlichkeit-Anwendungen. Demgemäß muß er also einem Wechsel unterworfen

sein, denn er ist kein festes Ding von Ewigkeitsdauer, sondern ein in ständiger Entwicklung begriffener Prozeß, der dann zum Aberglauben wird, sobald er in allzu festen Formen sich kristallisiert und zu unheilbar verfestigten Dogmen erstarrt. Aberglaube ist also nichts anderes, als veralteter und außer Gebrauch gekommener Glaube.

Entwicklungsgeschichtlich ist der Hauptunterschied zwischen beiden davon zu verstehen, daß der Aberglaube lediglich eine alte Form des Glaubens darstellt und somit jeder Glaube die Möglichkeit in sich schließt, gegebenenfalls zum Aberglauben zu werden. Dieser Stufenunterschied bringt es mit sich, daß wir in dieser Hinsicht auch Verschiedenheiten bezüglich der psychologischen Züge auffinden. Besonders auffällig ist dabei die Tatsache, daß eine Glaubensform um so reicher an Beziehungs-ideen zu sein pflegt, je weiter sie in der Entwicklungsreihe zurückliegt.

Dinge, welche an sich etwas Außergewöhnliches an sich haben, beispielsweise das Schauspiel eines Gewitters, waren natürlich in besonders hohem Maße dazu geeignet, als Ausgangspunkte wahnhafter Verknüpfungen zu dienen. Je urmenschlischer der Standpunkt, um so anthropozentrischer war er auch.

Im März und Donner sah man ein vorbedeutendes Zeichen vor wichtigen Ereignissen und der in die Donnerwolke hineingedachte Gott ist erst als Erklärungsversuch in zweiter Linie zu verstehen. Das erste und wichtigste ist das Gewitter und sein gewaltiger Eindruck. Sehr begreiflich ist es auch, daß das alarmierende Ereignis einer

Sonneneinstrahlung zu Eigenbeziehungen mannigfaltiger Art Anlaß gab. Auch das Erscheinen des Regens in Zeiten großer Dürre und Trockenheit spielt auch heute noch in manchen Gegenden eine bedeutende Rolle. Ueberhaupt geht die Gebetspraxis der meisten Religionen von der Anschauung aus, daß so ziemlich alle Vorgänge in der äußeren Natur um des Menschen willen und mit Beziehung auf ihn geschehen und daß man in der Lage sein müsse, sie gegebenenfalls durch Gebete hinauszuhalten oder herbeizuführen.

Es ist weiter nicht verwunderlich, daß auch der blickende Sternenhimmel mancherlei verführerische Anknüpfungspunkte bot. Aus der jeweiligen Sternkonstellation zur Geburtsstunde wollte man das Schicksal einzelner Menschen vorauslagern können. Diese Ueberzeugung, welche beispielsweise bei den Chaldäern Glaubenssache war, hat sich bei uns bis in die Gegenwart hinein als Aberglaube erhalten. Dadurch, daß die Sehnsucht, etwas von seinem zukünftigen Schicksal zu erfahren, eine sehr weit verbreitete und sehr starke ist, ist es erklärlich, daß man sich bei allen möglichen und unmöglichen Dingen Beziehungen zu dieser Zukunft konstruierte. Auch die Deutung der Handlinien gehört zu den beliebtesten Verfahren vor Alters her, und feiert ja auch heute noch ihre zweifelhaften Triumphe. Auch dem zufälligen Fallen der Karten, ja sogar dem Kaffeefah und zahlreichen anderen völlig gleichgültigen Dingen wurde und wird noch heute die Gabe der Prophetie zugesprochen. Leute, an deren Vernunft man sonst nicht zu zweifeln gewohnt ist, erweisen sich da als dem krassesten und

bringen schlaun Spekulant und Ausbeutern ihres Gehirnschalters unverantwortliche Summen, wenn nicht sogar Leib und Leben zum Opfer.

Aber in die heute noch herrschenden Religionen spielt dieser prähistorische Zug mit hinüber.

Die strenge gläubige Anschauung, daß jedes Unglück, jede Erkrankung, überhaupt jedes zufällig schädigende Ereignis als eine gerechte Strafe Gottes für begangene Sünden sei, oder daß es irgendwie mit einer sündhaften Handlungsweise des Individuums im ursächlichen Zusammenhang stehe, gehört in dieses Bereich. Lomax erinnert hier beispielsweise an die theologische Auffassung der Geschlechtskrankheiten, welche ihrer rationalen Verhütung und Bekämpfung im Wege stand. Und ist es nicht auch eine Beziehungs-idee von ungeheurer Tragweite, wenn man annimmt, und ein ganzes Dogmen-system darauf gründet, daß ein Mensch, der zufällig vor zwei Jahrtausenden starb, mit diesem seinem Tode die Sünden aller derer gesühnt habe, die vor ihm, mit ihm und nach ihm waren? Man wird wohl schwerlich behaupten können, es sei normal, den Tod eines, wenn auch noch so großen Mannes, in Beziehung zu setzen mit der gesamten Menschheit!

Vielleicht verstandenen und von einer eigenartigen Widerstandsfähigkeit sind die vom Individuell-Normalen abweichenden Begriffe der Wahn-Psyche. Je weiter wir in der Erkenntnis des wahren Wesens der Dinge fortschreiten, um so objektiver und unpersonlicher sehen wir die Welt um uns, um so beziehungsloser stellt sie sich unserem erwüchternem Auge dar.

# Veränderung heißt Leben.

Ersetzen Sie Ihre Winterschuhe durch Frühljahrschuhe, hohe Schuhe durch Halbschuhe.

Wir bringen heuer, der Mode entsprechend, außer dem halbspitzen Schuh mit Ledersohlen noch eine neue Art von Boxhalbschuhen mit breiter amerikanischer Spitze, der außerordentlich bequem ist, mit Loch und Preßverzierung.

Heute können Sie ohne mehrere Paare von Halbschuhen nicht auskommen. Wechsel des Schuhwerkes wirkt glückbringend bei Arbeit und Vergnügen. Veränderung heißt Leben.

## Versorgen Sie sich rechtzeitig.

# Bata



Sorte 4937-49083.

Halbschuhe aus feinem Box K $\ddot{e}$  79,- schwarz und braun.



Sorte 4937-40086.

Dieser Sorter mit Ganzgummi-sohlen K $\ddot{e}$  109,-, schwarz und braun.



Sorte 2637-49081.

Moderne Art, feiner Kalbsbox in brauner Farbe K $\ddot{e}$  99,-.



Sorte 1837-69091.

Herrenhalbschuhe aus Lackleder K $\ddot{e}$  99,-.